

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 2,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
je Zeile oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Erörterungen

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 21. Dezember 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Steuerprobleme vor dem Reichstage.

Weihnachtsbotschaft.

Siehe, ich verkünde euch große Freude! - Das war einmal. Zu einer Zeit, in der die Menschen, wie es im Evangelium heißt, noch guten Willens waren.

Als Herr Helfferich am Montag dem Reichstag diese Botschaft brachte, ertönte aus den Reihen der Abgeordneten lebhaftes Hört! hört! Niemals war der mahnende Ruf mehr am Plage.

In solcher Situation ist es ein magerer Trost, zu erfahren, daß das laufende Finanzjahr mit gar keinem oder einem nur sehr unerheblichen Fehlbetrag abschließen werde.

Was Helfferich nur mit einigen knappen Strichen andeutete, führte der fortschrittliche Redner Gothein näher aus. Er malte schwarz in schwarz, das deutsche Volk werde nach dem Kriege eine Steuerlast zu tragen haben, wie sie bisher die ärgsten Pessimisten nicht für möglich gehalten hätten.

Wir lassen dahingestellt, ob nicht vor anderthalb Wochen bei der Interpellation über die Friedensverhandlungen, ein Sozialdemokrat, der ähnliche Perspektiven eröffnet hätte, des Landesverrats bezichtigt worden wäre.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich den Antrag auf eine Erneuerung des Wehrbeitrags gestellt. Die bürgerlichen Parteien lehnten ihn ohne Ausnahme ab.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. Dezember 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das Feuer unserer Küstenbatterien vertrieb feindliche Monitore, die gestern nachmittag Westende beschossen.

An der Front neben lebhafter Artillerietätigkeit mehrere erfolgreiche Sprengungen unserer Truppen.

Ein unserer Flugzeuggeschwader griff den Ort Poperinghe an, in dem zahlreiche Verbindungen des Feindes zusammenliefen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Balkankriegsschauplatz.

Bei den Kämpfen nordöstlich der Tara sind, wie nachträglich gemeldet wird, drei Gebirgs- und zwei Feldgeschütze erbeutet worden.

Von den deutschen und bulgarischen Heeresstellen nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. Dezember. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 20. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der ganzen Front mäßige Artillerietätigkeit, die sich nur im Chiesabassin und im Gebiete des Col di Vana zu größerer Festigkeit steigerte.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Generals v. Roesch erlitten die hart ausgebauten feindlichen Stellungen am Kara-Knic südwestlich von Bijelopolje und bei Gubuse nördlich von Verane.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Reute in allen bürgerlichen Fraktionen vertritt, für seine doch so trivialen Bemerkungen über das Schlachten der Henne, die die goldenen Eier lege, lebhaften Beifall erntete.

Mit solchem Lob geizt auch Herr Helfferich nicht. Er verteidigt die Anleihegeheimnisse gegen den Verdacht, daß ihr Patriotismus durch die fünfprozentige Verzinsung angestachelt worden sei.

Aber der Bundesrat ist unter allen Umständen eine willkommene Kulisse, wenn sich ein Staatssekretär mit Projekten trägt, von denen er weiß, daß sie bei der breiten Masse wenig freundliche Empfindungen auslösen müssen.

hätten, werden folgen, und das Ganze wird dann steuerpolitische Neuorientierung heißen.

Genosse Hoch hatte durchaus recht, als er dem Minister vorstellte, seine Ankündigung kolossaler neuer Steuern, die nicht durch die Heranziehung von Besitz und Einkommen aufgebracht werden sollten, müsse eine große Unruhe ins Volk tragen.

Die Befestigung von Saloniki.

Saloniki, 20. Dezember. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Die Alliierten führen wichtige Arbeiten zur Befestigung von Topzin aus.

London, 20. Dezember. (W. L. B.) Amtlich wird bekanntgegeben, daß sämtliche Truppen von der Sublatai und der Anzazone, Kanonen und Vorräte, mit Erfolg nach einem anderen Kriegsschauplatz gebracht wurden.

Die griechischen Wahlen.

Mailand, 20. Dezember. (W. L. B.) Der Sonderberichterstatter des "Corriere della Sera" meldet aus Athen, daß die Wahlen in Griechenland Sonntag früh und ohne Kampf begonnen hätten.

Bern, 20. Dezember. (W. L. B.) Mailänder Blätter melden aus Athen: Anscheinend haben die Anhänger Gumaris eine starke Mehrheit erhalten.

Athen, 20. Dezember. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das Ergebnis der Wahlen wird nicht vor Dienstagmorgen bekannt sein.

Griechischer Protest gegen den Vierverband.

Amsterdam, 20. Dez. (W. L. B.) "Handelsblad" meldet aus Athen, die griechische Regierung habe auf neue Urteile, sich über das Auftreten der Ententemächte zu beklagen.

Serbische Flüchtlinge in Griechenland.

Athen, 19. Dezember. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Zwischen der serbischen und der griechischen Regierung sind Verhandlungen über die Unterbringung der serbischen Flüchtlinge in Griechenland eingeleitet worden.

Amsterdam, 20. Dezember. (W. L. B.) Ein hiesiges Blatt meldet aus London: Nur ein kleiner Teil der geflüchteten

Serben erreichte Griechisch-Mazedonien. Während der Feind durch Alt-Serbien marschierte, zogen die meisten serbischen Männer nichtdienpflichtigen Alters die Wege entlang, die nach Westen und Südwesten führen. Die meisten Frauen und Kinder blieben zu Hause. Auf dem Romsfeld hatten sich 750 000 Flüchtlinge angesammelt. 250 000 Flüchtlinge beschloßen sich zu ergeben, tausende sind auf der Flucht nach Albanien und Montenegro durch Hunger und Kälte umgekommen oder von Wölfen gerissen worden. Massen von Flüchtlingen, die bei der harten Kälte nach Albanien und Montenegro zogen, lebten hauptsächlich von gefallenen Tieren.

## Feindseligkeiten zwischen Serben und Albanern.

Mailand, 20. Dezember. (W. L. V.) Nach einer Athener Depesche des „Secolo“ vom 18. Dezember sind die Serben in Albanien auf ernsthafte Feindseligkeiten gestoßen. Es heißt, daß Essad Pascha sich gegen sie gestellt habe.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Heeresbericht von Sonntag nachmittag. Schwache Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien während der Nacht. In der Gegend von Vouquoz Minenkämpfe zu unseren Gunsten. Die Beschichtung der Arbeiten und Lager des Feindes in dem Abschnitt von Apremont und südlich von St. Mihiel wurde mit ausgezeichnetem Erfolge bis in den gestrigen Abend hinein fortgesetzt. Im Laufe der Nacht vom 17. zum 18. Dezember hat ein Geschwader von vier Flugzeugen einen neuen Angriff auf den Bahnhof von Metz-Sablou ausgeführt und diesen beschossen. Etwa 40 Bomben wurden auf die Gebäude und Nebengebäude des Bahnhofes abgeworfen.

Paris, 20. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. Der Tag zeichnete sich durch starke Tätigkeit unserer Artillerie an vielen Stellen der Front aus. In Belgien haben unsere Batterien gemeinsam mit der britischen Artillerie die deutschen Gräben sehr heftig beschossen, aus denen erstickende Gase gegen die englische Front von Ypern vorgetrieben wurden. Es erfolgte kein Angriff der Infanterie. Feindliche Flieger haben heute morgen die Gegend von Poperinghe überflogen und etwa zehn Bomben abgeworfen; eine Frau wurde getötet und eine Frau und zwei Kinder verletzt. Im Artois hat unsere Artillerie feindliche Arbeiter im Abschnitt von Thelus und nördlich von Arras zerstört. Der Feind hat gegen hundert Geschosse auf Arras geschleudert. Zwischen Duse und Somme haben unsere Schützengrabensampferzeuge ein deutsches Schanzwerk in der Gegend von Dancourt zerstört. Zwischen Soissons und Reims hat unsere Artillerie feindliche Bombenwerfer und Batterien, die wir östlich von Verry-au-Bac entdeckten, aufs Korn genommen. In der Champagne hat das Feuer unserer schweren Artillerie auf die vordersten Linien des Feindes südlich von St. Marie-a-Py vorzüglichen Erfolg gehabt. In der Gegend von St. Mihiel haben einige erfolgreiche Schüsse auf Chaubancourt die feindliche Artillerie zum Antworten veranlaßt; sie wurde aber durch unser Feuer schnell zum Schweigen gebracht. In der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember hat eines unserer Luftgeschwader, bestehend aus sieben Bombenwerferflugzeugen, 61 200-mm-Bomben und zwei 135-mm-Bomben auf den Bahnhof von Metz-Sablou abgeworfen. Einer unserer Apparate, der wegen Motorbeschaden nicht weiterfliegen konnte, konnte ungehindert in unsere Linien in der Nähe von Dieulouard südlich von Pont-a-Mousson landen.

Belgischer Bericht. Nach einer ruhigen Nacht war die deutsche Artillerietätigkeit im Laufe des 19. Dezember sehr lebhaft, besonders vor dem Zentrum der belgischen Front. Weiter südlich fand ein Kampf mit Bombenwürfen statt, der zu unseren Gunsten endete. Die belgischen Batterien haben mit Erfolg Moskor, Clerder und Ruyghem beschossen und bei Tete einen schmalen Zug, bei Mitte die Verpflegungskolonnen zerstört.

Orientalarmee. Dem vorigen Bericht ist noch hinzuzufügen: Dardanellenkorps. Riemlich lebhaftes Artillerietätigkeit im Laufe des 19. Dezember.

## Die englische Meldung.

London, 20. Dezember. (W. L. V.) Amtlich. Gestern früh ließ der Feind gegen unsere Linie nordöstlich von Ypern, die er zugleich heftig beschloß, Gaswolken aufsteigen. Bis auf einzelne Punkte, wo der Feind zurückgeschlagen wurde, zögerte er unsere Linie nicht zu verlassen. Die feindliche Infanterie lagerte sich, ihre Laufgräben zu verlassen. Unsere Maßregeln gegen das Gas erwiesen sich als ausreichend. Unsere Linie blieb überall unverändert. Die feindliche Artillerie entwickelte eine ungewöhnlich heftige Tätigkeit östlich von Ypern und westlich und südlich von Messines.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 20. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 19. Dezember.

## Neues Leben.

Ostpreußenquartier, 12. 12. 1915.

Mit wuchtiger Gewalt fiel der Hammer des Krieges auf die Gebilde des sozialen und wirtschaftlichen Lebens nieder. Vieles wurde zerstückelt, anderes brach gelegentlich. Unordnung und Lähmung verursachte das Zerreißen der Fäden, die den Gang der Wirtschaftsmaschine regelten. Die verbindenden Räder griffen nicht mehr ineinander. Besonders in dem breiten Streifen, durch die der germanische und jüdische Kriegswagen raste, schien das schaffende Leben für immer tot zu sein. Aber wie das von einem Sturm niedergebogene Kornfeld, so richtet sich im Gebiet hinter der Front langsam zwar, aber mit zielbewusstem Willen das Wirtschaftsleben wieder auf. Der fast ganz ins Stocken geratene Puls schlug sozialer und kultureller Arbeit wird wieder fühlbar.

In den eingerichteten Verwaltungen arbeiten technische Verwaltungsbeamte mit wirtschaftlichen Fachleuten zusammen. Soweit man glaubte, aus der Landesbewohnerschaft geeignete Personen gefunden zu haben, nahm man diese in die Verwaltungsorgane hinein. Es sollen dabei auch durchaus befriedigende Resultate erzielt worden sein. Die Tätigkeit der Verwaltungen ist nicht etwa lediglich auf die Befriedigung militärischer Bedürfnisse eingeschränkt, sie hat auch die Ernährung der Zivilbevölkerung zu sichern und, was ebenso wichtig ist, sie nach Möglichkeit in der Wiederaufnahme ihrer beruflichen, vornehmlich der landwirtschaftlichen Tätigkeit zu unterstützen. Der Bau und die Befestigung von Wegen steht dabei nicht an der letzten Stelle. Lebensmittel, die das Land hervorbringt und von den Einwohnern nicht selbst verbraucht werden, übernimmt die Militärverwaltung gegen Vergütung. Fehlende Lebensmittel und Genussmittel kommen allmählich aus Deutschland heran. Gerade als ich in Goldingen war, wurde ein aus Deutschland stammender Transport von Milchvieh angezogen. Die Einwohner strömten herbei und besahten unter lebhaftem Erörterungen dies merkwürdige Ereignis. Auf die Tatsache, daß der Eroberer aus seinem eigenen Lande Vieh in das eroberte Gebiet bringt, können sich die Leute gar keinen Versuch machen. Wäher waren sie es nur gewöhnt, daß man ihnen das Vieh wegrequiriert. In ihre Vorstellungswelt, die von der

Westfront: Nördlich vom Madyolsee kam eine feindliche Kolonne in unser Artilleriefeuer und wurde unter großen Verlusten zerstreut. Am 17. Dezember gegen 10 Uhr abends unternahm der Feind zwei Angriffe gegen den Bahnhof Podgerewitze (südlich Pafalowitz), wurde aber durch unser Feuer abgewiesen.

Kaukasus: Bei den Dörfern südlich Dutah unterwarfen sich uns Kurden.

Persien: Bei dem Dorfe Kouchle, zwischen Teheran und Hamadan (100 Kilometer südwestlich Teheran) wies uns einen von beträchtlichen feindlichen Kräften unternommenen Angriff zurück.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 19. Dezember. (W. L. V.) Kriegsbericht vom Sonntag. Schnee und Sturm in den Bergen und Regen und Nebel in der Ebene störten die Operationen, ohne jedoch die Tätigkeit unserer Truppen zu verlangsamen. Auf den nördlichen Abhängen des Monte San Michele hat unsere Infanterie einen feindlichen Graben genommen, der einen Vorsprung in unsere Linien bildete; sie drang überraschend dort ein und bemächtigte sich der Stellung. Wir nahmen dem Feinde 115 Gefangene ab, darunter zwei Offiziere.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. Dezember. (W. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front entwickelten sich zu unseren Gunsten bei Kut-el-Amara örtliche Kämpfe mit kurzen Unterbrechungen. An der Kaukasusfront nichts von Bedeutung.

An der Dardanellenfront, bei Anafarta und Ari Burun, Artillerie- und Bombenkampf. Der von unserer Artillerie bei der Ausschiffungsstelle von Ari Burun in der Nacht zum 18. Dezember verursachte Brand dauerte bis zum Vormittag. Bei Seddul-Bahr warf der Feind, wie üblich, eine große Menge von Bomben und Lufttorpedos gegen die Schützengräben unseres Zentrums und unseres linken Flügels. Unsere Artillerie erwiderte und beschloß erfolgreich die Bombenwerfer- und Torpedowerferstellungen, sowie die feindliche Artillerie, die sie zum Schweigen brachte, als diese das Feuer eröffnete, und zerstörte einen Teil der feindlichen Gräben. Ein Kreuzer und ein Monitor schossen wirkungslos in verschiedenen Richtungen gegen unsere Stellungen und zogen sich zurück.

## Die Kriegsverluste der feindlichen Handelsflotten.

Vom Beginn des Krieges bis Ende November dieses Jahres sind, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, insgesamt

734 feindliche Handelsfahrzeuge mit einem Lonnengehalt von 1 447 628 verlost worden.

Darunter entfallen auf Verluste durch U-Boote: 568 Fahrzeuge mit 1 079 402 Netto-Register-Tonnen;

durch Minen: 93 Fahrzeuge mit 94 709 Brutto-Register-Tonnen;

durch sonstige kriegerische Ereignisse verursacht: 73 Fahrzeuge mit 273 517 Brutto-Register-Tonnen.

Von den verlosteten Fahrzeugen gehören 624 mit einem Lonnengehalt von 1 231 944 der englischen Handelsflotte an. Das bedeutet einen Ausfall von 5,9 Proz. der gesamten englischen Handelsflottenstärke.

## Vom U-Bootskrieg.

London, 19. Dezember. (W. L. V.) „Lloyds“ meldet: Der norwegische Dampfer „Rico“ wurde verlost. Ein Mann der Besatzung und der Lohse wurden getötet.

## Die parlamentarische Kontrolle in Frankreich.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die Verhandlung der französischen Deputiertenkammer vom 10. Dezember über die Aenderung des Statuts über das Oberkommando (Ernennung Joffres zum Kommandanten auf allen Kriegsschauplätzen) verdient aus verschiedenen Gründen eine genauere Betrachtung. Erstens zeigt sie eine erstickende Tendenz bei den bürgerlichen Parteien, die Kriegführung nicht dauernd dem diktatorischen Verfahren der im Verborgenen handelnden Regierung zu überlassen. Zweitens illustriert sie die Vorgesichte der Radikalisierung. Bekanntlich haben gutunterrichtete Berichtserhalter mitgeteilt, daß die sozialistische Fraktion die weitere Teilnahme an der Regierung nur nach der Einwilligung Briands in die Abhaltung von vertraulichen Sitzungen zur Verhandlung der

Kriegsangelegenheiten zugestanden habe. Nun hat aber Briand bei der ersten Gelegenheit die Abhaltung einer solchen Sitzung brüskellig abgelehnt und über seine Absicht, dem Parlament nach Belieben Mitteilungen zu verweigern, keinen Zweifel gelassen. Man darf also gespannt sein, welche Folgerung die im Ministerium sitzenden Sozialisten bzw. was die Fraktion daraus ziehen werden. Drittens hat die Sitzung zum erstenmal ein deutliches Hervortreten der sozialistischen Oppositionsgruppe gezeigt.

Die Debatte nahm ihren Ausgang von einer Interpellation des Deputierten Emile Constant. Dieser Abgeordnete gehört der radikalen Linken an, einer sehr gemäßigten Gruppe. Er steht Delcassé nahe und die Absicht, diesem eine Genugtuung zu verschaffen, mag bei seinem Auftreten mitgespielt haben. Doch verdient auch der Umstand Beachtung, daß er Vertreter eines Wahlkreises in der Gironde ist, dem Kernlande der gemäßigten Demokratie. Auch der andere radikale Deputierte, der ihm beisprang, Herr Chaumet, hat sein Mandat aus dieser Gegend. Die Gironde hat vor allem Exportinteressen, sie hat an den Kriegsprofitten nur geringen Anteil. Die Krise im Weinbau, der vollständige Zusammenbruch der Ausfuhr hat sie furchtbar getroffen. Es ist also begreiflich, daß dort kritische Stimmungen leicht aufkommen.

Constant wollte von der Regierung Aufklärungen über das Dekret vom 2. Dezember über das Oberkommando und über die Tragweite. Briand lehnte die Diskussion ab, weil sie derzeit in höchstem Maße bedenklich wäre. Seine Erklärung wurde verschiedene Male unterbrochen, u. a. vom Genossen Raffin-Dugens, der nach einer Wechselführung rief. Constant replizierte dem Ministerpräsidenten recht bissig: Briand scheint sich auf den Standpunkt der „Action Française“ (Organ der Jung-Royalisten) zu stellen, die den Abgeordneten zurufe, daß diese Sache sie gar nicht angehe. Die Kammer, die die Verantwortlichkeit für die dauernden Interessen des Landes habe, habe das Recht, die Rechtfertigung der Aenderung des Statuts über das Kommando zu hören. In der Debatte über den Rücktritt Delcassés habe die Kammer feierliche Erklärungen erhalten, die durch die Tatsachen Lügen gestraft worden seien. „Ihre Handlungen,“ schloß Constant seine Rede, „geben mir keine Bürgschaft, daß Sie genug sichere Piloten sind, daß man Ihnen in der Dunkelheit und im Beheimen folge!“

Der „Officiel“ verzeichnet hierauf: Beifall auf den Bänken der sozialistischen Partei, der republikanisch-radikalen und radikal-sozialistischen Partei und auf anderen Bänken. — Der „Temps“ bemerkt dazu: „Die „anderen Bänke“ gehen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken.“

Nun erhob sich Briand von neuem, „ein wenig nervös“, wie der „Temps“ sagt. Seine Rede wurde häufig unterbrochen. Als er vom Vertrauen sprach, dessen die Regierung bedürfe, rief Raffin-Dugens: „Sie muß es verdienen!“ Unter den Unterbrechern sind weiter die Genossen Alexandre Blanc, Parvy und Rabi zu nennen. Briand lehnte Erklärungen in der öffentlichen wie in einer Wechselführung ab: „Es ist möglich, daß eine Stunde kommt, wo die Regierung den Kammer alle wünschbaren Erklärungen geben kann...“ (Genosse Blanc: Nach dem Krieg!) Sie können mir nicht vorwerfen, daß formelle Versprechen meiner Regierungserklärung, mit den beiden Kammer und ihren Kommissionen möglichst eng zusammenzuarbeiten, nicht gehalten zu haben. Ich habe diesen Kommissionen die ausführlichsten Aufklärungen, natürlich in den durch mein Pflichtbewußtsein und meine Amtspflichten gegebenen Grenzen, gegeben. (Bewegung.) Ich kann nicht weitergeben und erkläre Ihnen, daß ich auch in einer Wechselführung, wenn sie eine solche beschließen sollten, keine Erklärungen geben würde, die zu geben mir nicht zusteht. (Rabi: Aber wir könnten Ihnen Erklärungen machen, die wir in öffentlicher Sitzung nicht geben könnten!) Es gibt verschiedene Arten parlamentarischer Kontrolle. Man kann die Regierung kontrollieren, indem man mit ihr zusammenarbeitet, das heißt ihr das Vertrauen kundgibt, dessen sie im Interesse der großen Interessen bedarf, die ihr anvertraut sind. (Unterbrechungen auf den sozialistischen Bänken. Der Vorsitzende mahnt zur Ruhe.) Die Regierung hat nötig, daß man ihr ihre ganze Kraft und Autorität lasse, daß man ihr Zeit lasse, zu arbeiten und ihre Verantwortlichkeiten gerecht zu werden; sie muß ihren unbefangenen Geist und ihre Kaltblütigkeit bewahren und darf darum nicht immerzu mit Fragen und Interpellationen behelligt werden. (Deputierter Constant: Das sollten Sie uns nicht vorwerfen — Sie, den wir zwei Monate lang in den Wandelgängen gegen das Ministerium Viviani intrigieren gesehen haben!) Briand schloß mit der Stellung der Vertrauensfrage.

Was zunächst weiter geschah, geben wir nach dem „Temps“ wieder:

„Eine Bewegung des Zauderns geht durch den Saal. Wer wird das Wort nehmen? Es ist Herr Compère-Morel, im Namen der geeinigten Sozialisten. Wirklich in ihrem

aber von den Russen vertrieben worden war. Leistungen und Gegenleistungen ermangelten in ihrem Vollzug der vertrauens-erweckenden, Sicherheit bietenden Rechtsgewalt. Diese Umstände ersähen jede Unternehmungslust, ließen Handel und Wandel, wirtschaftliche Tätigkeit und geschäftliche Regsamkeit nicht aufleben. Alle diese Schwierigkeiten und Hemmungen sind nun in gewissem Umfang überwunden. Es galt die Rechtsverhältnisse zu klären. Es gelang, obwohl die Kataster, Hypothekenbücher und sonstigen Zivilakten vernichtet oder fortgeschleppt worden waren. Weiter war es notwendig, für abwesende Schuldner und gläubiger Rechtsnachfolger zu besorgen.

Mit der Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage kehren auch Vertrauen und Schaffenslust zurück. Verpflichtungen werden gelöst, Unternehmer und Arbeiter fühlen für übernommene Leistung und Gegenleistung wieder eine sichere Grundlage von Rechtsgarantien unter den Füßen. Mühige Hände und Köpfe sind bereit zu schaffender Tätigkeit.

Auch in den lange verödeten Schulen wird es wieder lebendig. In weiterem Umfang als bisher. Volksschulen mit obligatorischer Schulpflicht werden eingerichtet. Als Unterrichtssprache gilt in den unteren Klassen die Muttersprache des betreffenden Volksstils; selbstverständlich wird auch Deutsch gelehrt. Großen Eifer und viel Talent sollen die lettischen Kinder im Erlernen der deutschen Sprache bekunden. Der Kreis der Aufgaben, den die Zivilverwaltungen zu erfüllen haben, umspannt ferner die soziale Tätigkeit und die öffentliche Hygiene. In der sozialen Fürsorge geht die Krankenpflege in Verbindung mit der Seuchenbekämpfung sowie die Armenunterstützung voran. Für Mittellose stehen kostenlos zur Verfügung; wo Hauspflege nicht ausreicht, erfolgt Aufnahme in ein Krankenhaus. Arme werden vorwiegend durch die Abgabe von Lebensmitteln unterstützt. Im Kampf gegen Unsauberkeit, durch Beschaffung sauberen Trinkwassers, Fäkalienabfuhr usw. sucht man den allgemeinen Gesundheitszustand zu heben.

Selbstverständlich können alle die Einrichtungen nicht mit einem Schlag überall geschaffen werden, sie entstehen im Fortschreiten der Gesamttätigkeit und sind verschieden je nach den örtlichen Verhältnissen und den vorhandenen Kräften. Aber man merkt überall, wie aus dem Schutt und aus den Trümmern neues Leben keimt.

Ramen? Nicht so ganz, denn seine kurze Erklärung wird heftig unterbrochen von verschiedenen Unzufriedenen, deren Opposition sich übrigens bis zur Abstimmung fortgesetzt hat.

Compère-Morels Rede hatte eine offenbare beschwichtigende Tendenz: „Aus den Erklärungen des Ministers geht, wenn ich recht verstanden habe, hervor, daß, wenn er nicht unmittelbar auf die Fragen antworten will, er doch nicht ablehnt, das zu tun, sei es in öffentlicher oder geheimer Sitzung. Wir begreifen vollkommen die Gründe, die er uns für die Gefährlichkeit einer sofortigen Debatte gibt. Aber wir brauchen genauere Äußerungen, denn auch wir sind der Meinung, daß das Parlament das Recht hat, zu kontrollieren und zu wissen.“

Die geforderten „präziseren Versicherungen“ in bezug auf spätere Aufklärungen gab Briand in der Form, daß er sagte: „Gewiß, die Stunde dazu kann kommen und wird sogar sicher kommen.“ Für sein jetziges Schweigen seien Gründe „höherer Gewalt“ maßgebend. Er begreife Compère-Morels Eintreten für das Prinzip der Geheimhaltungen, aber wohin würde seine Anwendung in diesem Fall führen? Während die Abgeordneten Fragen stellten und Antworten heißten, wäre der Ministerpräsident durch seine Pflicht gezwungen, stumm auf seiner Bank sitzen zu bleiben!

Der radikale Chaumet erwiderte: „Es handelt sich nicht um das Vertrauen. Man kann Vertrauen zum Ministerium haben und doch die tragische Notwendigkeit fühlen, zu wissen, wohin es geht. Die Ursache der begangenen Irrtümer und Fehler sind nicht die parlamentarischen Diskussionen und die Ausschweifungen der Freiheit. Sondern im Gegenteil die Tatsache, daß Sie das Paradoxon unseres gestrichelten Kollegen Sembat: „Macht einen König oder macht Frieden!“ anscheinend ernst genommen haben. Es scheint, als ob man eine Unverträglichkeit des demokratischen Regimes und der Notwendigkeiten des Krieges geltend machen möchte. Wir sind aber im Gegenteil davon überzeugt, daß es die Kraft der Demokratie ist, selbst im Kriegszustand ihren Prinzipien treuzubleiben.“

Compère-Morel erklärte noch einmal, daß die Sozialisten, die das Ministerium nicht stützen wollten, ihm einen Kredit von einigen Tagen wohl gewähren könnten. Darauf rief: Alexander Blanc: „Nicht alles! Ich fordere sofortige Erklärungen!“

Die Abstimmung wurde unter großer Beivegung vorgenommen. Als ihr Ergebnis wurde verkündet 443 für, 88 gegen die Vertagung. In Wirklichkeit waren die Stimmen niedriger. Nicht 541, sondern 478 Stimmen wurden abgegeben. Davon waren 406 für, 67 gegen die Vertagung.

Die Sozialisten haben also in verschiedenem Sinne gestimmt. Vermutlich hat sich auch eine Anzahl der Abstimmung enthalten.

## Die englische Gasgesellschaft und die deutsche Kriegsanleihe.

Amtlich, Berlin, 19. Dezember. (W. L. W.) Zu durchsichtigen Zwecken wird in der englischen Presse die Behauptung verbreitet, daß die deutsche Regierung englisches Vermögen zur Kriegsanleihe herangezogen habe.

Diese Unterstellung ist schon früher von der französischen Presse gemacht und damals amtlich zurückgewiesen worden. Besonders dreist ist es, wenn in der „Daily News“ vom 23. November behauptet wird, daß die Gelder der Imperial Gas Association von einer solchen deutschen Anordnung betroffen worden seien. Es ist den Beteiligten in London zweifellos bekannt, daß der deutsche Betrieb dieser Gesellschaft nicht einmal unter Zwangsverwaltung steht, sondern wie im Frieden fortgeführt und nur daraufhin überwacht wird, daß nicht eine Abführung von Geldern nach England stattfindet.

## Umbildung des belgischen Kabinetts.

Paris, 20. Dezember. (W. L. W.) „Temps“ meldet aus De Havre: Eine Umbildung des belgischen Ministeriums erfolgt, indem Graf Goblet d'Alviella und Paul Dymans gleich Emil Vandervelde zu Ministern ohne Portefeuille ernannt werden. „Temps“ legt der Ernennung, die wie eine reine Formsache aussehe, beträchtliche Bedeutung bei, da nunmehr die leitenden Männer der sozialistischen und liberalen Linken unmittelbar an der Regierung teilnehmen werden.

## Die zweite Note Amerikas an Oesterreich.

Washington, 19. Dezember. (W. L. W.) Reuter meldet: Die zweite Note an Oesterreich-Ungarn wird vermutlich am Montag abgeschickt werden. Es wird darin kein Zeitpunkt für die Antwort festgelegt. Oesterreich-Ungarn wird sich aber schnell entscheiden müssen, ob die Beziehungen abgebrochen werden sollen oder nicht. Die Note nimmt in keiner Weise irgend etwas von den ursprünglichen Forderungen zurück, sondern begründet mehr oder minder genau die Umstände, auf welche die Haltung der Vereinigten Staaten zurückzuführen ist.

## Eine Kundgebung Jüanischais.

Weking, 19. Dezember. (W. L. W.) Der Erlass des Präsidenten vom 11. d. M. lautet wie folgt:

„Einer Mitteilung des stellvertretenden Parlaments (Bisqwan) zufolge, welches zugleich in Vertretung des Bürgerausschusses fungiert, haben sämtliche Mitglieder der genannten Volksvertretung bei ihrer heutigen Versammlung zwecks Prüfung des Wahlergebnisses einstimmig für die konstitutionelle Monarchie gestimmt. Diese Abstimmung zeigt zur Genüge, daß der Volkswille sich schon längst für die Monarchie entschieden hat. Es wurde ferner beschlossen, daß alle Gesetze und Verordnungen mit Ausnahme derer, welche mit der neuen Regierungsform nicht im Einklang sind, in Kraft bleiben sollten. Durch Witschriften und Telegramme ist der Präsident der Republik ersucht worden, die Kaiserwürde anzunehmen. Da von jeder kaiserlichen Hofordnung in allen Zeiten im Chinesischen Reich im Gebrauch gewesen sind, so treten sie jetzt wieder in Kraft, während alle bisherigen Gesetze betreffend die Präsidentenwahl „ipso facto“ aufgehoben werden. Mit dieser Mitteilung überreicht das Bisqwan die erwähnten Witschriften der Bevölkerung betreffend die Annahme der Kaiserwürde mit der aufrichtigsten Bitte, demgemäß handeln zu wollen.“

„Ich, der Präsident, bin der Meinung, daß die Souveränität der Republik durch das Volk verleiht ist. Da jetzt der Bürgerausschuss einstimmig die Annahme der konstitutionellen Monarchie beschlossen hat, so bleibt mir nichts übrig, als dem Volkswillen zu gehorchen. Mich hat die Bitte zur Thronbesteigung aber im höchsten Grade überrascht. Man möge sich doch daran erinnern, daß ich bei Gründung der Republik bereits den Eid abgegeben habe, die Republik mit aller meiner Kraft zu fördern. Wenn ich nun die Kaiserwürde annehme, werde ich da nicht meinen Eid brechen? Für den Bruch dieses Eides gibt es keine Entschuldigung. Zumal ist es mein vornehmstes Prinzip gewesen, Land und Volk zu retten. Ich werde mein ganzes Selbst daran setzen, dieses Ziel zu erreichen. Außerdem habe ich in Selbstprüfung erkannt, daß ich nichts Außerordentliches geleistet habe, was für die Würde empfiehlt. Noch weniger kann ich es als gerechtfertigt ansehen, die großen Grundzüge der Moral und Treue durch diese Handlung zu beeinträchtigen. Ich bin ferner überzeugt, daß die Volks-

vertreter, welche mein Bestes wollen, mir nicht eine Aufgabe aufzwingen, deren Durchführung mir schwer ist. Ich hoffe, daß das stellvertretende Bisqwan (Parlament) all dies einer sorgfältigen Erwägung und reiflichen Überlegung unterziehen wird. Ich werde unterdessen als Präsident in meiner gegenwärtigen Würde die mir auferlegten Pflichten wie bisher erfüllen und mich bestreben, das Gemeinwohl des Landes in jeder Weise zu fördern. Die Witschriften werden hiermit zurückgegeben.“

Außerdem wird noch folgendes im gekrzigen Erlasse des Präsidenten bekanntgegeben:

„Das stellvertretende Bisqwan (Parlament) hat in Vertretung des Volksausschusses am 13. d. M. sechs Gründe dargelegt, warum ich nicht zurücktreten darf, dem Ruf des Volkes Folge zu leisten. Daß ich nicht minder Patriotismus besitze als jeder Bürger Chinas, soll vor allem unterstellt werden. Da nun das Volkserlangen nach einer konstitutionellen Monarchie so dringend ist und so große Hoffnungen auf mich gesetzt werden, so habe ich keine gerechtfertigte Entschuldigung für meine Ablehnung. Daher kann ich mich der Verantwortung nicht entziehen, welche das Volk auf meine Schultern legt. Aber das Legen des ersten Grundsteins bringt wichtige Aufgaben und daraus entstehende Schwierigkeiten mit sich. Infolgedessen sollen wir unsere auferlegte Arbeit nicht allzu übereilig handhaben, um einerseits Gründlichkeit zu erzielen und andererseits Oberflächlichkeit und Unbeständigkeit zu vermeiden. Ich ordne hierdurch an, daß sich alle Ministerien und ihnen unterstellten Ämter zur Beratung über die erforderlichen Vorbereitungen versammeln. Dann werden diese Vorbereitungen nach ihrer Vollenendung sofort zur Durchführung vorgebracht werden. Die Witschriften werden dem Staatsministerium zur Verwahrung übermittelte.“

## Politische Uebersicht.

### Aus dem Seniorenkongress des Reichstages.

Im Seniorenkongress wurde der Vorschlag gemacht, heute Montag eine zweite Sitzung stattfinden zu lassen, in der auch die Kreditvorlage erledigt werden sollte. Von sozialdemokratischer Seite wurde dagegen Widerspruch erhoben; es soll nur die Tagesordnung, die für Montag angelegt war, erledigt werden. Es wird also am Dienstag eine Sitzung stattfinden, in der dann die Kreditvorlage erledigt werden soll. Der Staatssekretär des Innern fordert den Reichstag auf, 15 Mitglieder zu bezeichnen, welche dem Zentralausschuß für die Ernährungsfrage als Beirat angehören sollen. Der Seniorenkongress bestimmte, daß die Mitglieder nach der Stärke der Fraktionen gewählt werden sollen. Allwöchentlich soll dann unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern dieser Beirat tagen.

### Aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Genosse Daase hat am Schluß der gestrigen Fraktionsitzung sein Amt als Fraktionsvorsitzender niedergelegt. Bereits am 4. August 1914 hatte er einen dahingehenden Beschluß der Fraktion bekanntgegeben, blieb aber auf deren dringendes Verlangen damals im Amte. Selbstverständlich behält Genosse Daase sein Amt als Vorsitzender der Partei.

### Graf Reventlow auf dem Kriegspfad.

Der Kriegs- und Friedenszielstrategie der „Deutschen Tageszeitung“, Graf Reventlow, verbreitet sich wieder einmal in einem Leitartikel unter ungewöhnlichem Aufwand von Sperrdruck über das Thema „Gründlich siegen“, was sind „Haustpfänder?“ über die europäische Lage. In diesem Artikel heißt es:

„Feldmarschall von Hindenburg hat in der Unterredung mit einem deutschen Zeitungsberichterstatter, welche umstehend wiedergegeben wird, u. a. gesagt: Nicht durchhalten allein, sondern gründlich siegen.“ — Der Feldmarschall erwirbt sich durch die wiederholte Betonung dieses allein richtigen und politischen Nagel auf den Kopf treffenden Standpunktes ein Verdienst, dessen Höhe kaum überschätzt werden kann. Zur Sache selbst ist hier schon wiederholt gesprochen worden und nicht nötig, noch etwas hinzuzufügen. Besonders hervorheben aber möchten wir wiederum die andere auf eine Frage des Berichterstatters gegebene Antwort Hindenburgs. „Was ich gegen England sagte, ist lediglich der Ausdruck meiner persönlichen Abneigung, seit dieses Volk den Krieg zu schüren und vorzubereiten begann. Denn daß allein England das Karbid in diesem Kriege ist, das ist unweifelhaft klar für mich.“ — Auch diese Äußerung ist sehr verdienstvoll; in höherem Grade vielleicht, als der Feldmarschall selbst ermit: Von verschiedenen Seiten schlängeln sich Besprechungen in die deutsche öffentliche Meinung — und auch sonst — hinein, welche darauf ausgehen, dem großbritannischen Feinde dem deutschen Volke gegenüber ein anderes, sympathischeres Gesicht zu geben als das, was er in Wirklichkeit heisst. Die „persönliche Abneigung“, von der Hindenburg spricht, ist im Grunde eine eminent politische intuitive Erkenntnis, welche erfreulicherweise im deutschen Volke während der verflochtenen Kriegsmomente immer mehr Ausbreitung und Boden gewonnen hat. Aber wie gesagt, die gegenteilige Strömung arbeitet systematisch und auf den verschiedensten Wegen, und um so wertvoller ist ein solches Wort Hindenburgs; denn jedes seiner Worte hat ein nicht zu übertreffendes Gewicht bei der Mehrheit des deutschen Volkes.

„In jenen Bestrebungen, die bei uns leider auf eine Milderung der deutschen Stimmung England gegenüber hinarbeiten, steht in Verbindung der seit bald zwei Wochen vorsichtig geäußerte öffentliche Meinungsstreit über die Ausfühungen des deutschen Reichskanzlers anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation am 9. Dezember. Diese Diskussion ist besonders von der linkslebenden Presse über die angelegte Frage geführt worden, ob der deutsche Reichskanzler auf Seiten der „Glaubwörter und Annexionisten“ stehe oder nicht. Im einzelnen hat man die Wendung des Reichskanzlers hergenommen, bin und her gedreht und von verschiedenen Seiten belehnen: „Es soll nicht heißen, daß wir den Krieg nur um einen Tag verlängern wollen, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand dazu erobern wollen.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg erklärte daraufhin: „Der Reichskanzler hat die Länder, die wir augenblicklich besetzt haben, als Faustpfand bezeichnet; nach meiner Kenntnis werden diese Faustpfänder zurückgegeben.“ — In dieser Interpretation des Abgeordneten hat der Reichskanzler das Wort nicht mehr genommen.“

Graf Reventlow stellt dann selbst weitläufige Betrachtungen über den Sinn des Begriffs der „Haustpfänder“ an, in denen er schließlich zu folgender Auslegung gelangt:

„In unserem Fall bedeutet die deutsche Forderung: real garantierte Sicherheit und ebenso real garantierte Voraussetzung für die Erringung der Freiheit der Meere aus eigener Kraft. In welchem Umfange und ob die kriegerischen und militärpolitischen Handlungen, welche der Reichskanzler als Eroberung von Faustpfändern bezeichnet hat, für jene Sicherheiten einen Tausch- oder Liquidationswert geschaffen haben, oder selbst Garantien, Voraussetzungen und Sicherheiten bilden, die nicht veräußerbar und erförderbar sind, — das ist die Frage, deren Beantwortung praktisch gelöst werden muß, heute aber öffentlich nicht erörtert werden kann.“

Nun, wir sollten meinen, daß Graf Reventlow auch so schon deutlich genug geworden ist!

Gern möchten auch wir ebenso deutlich werden. Nicht erst heute. Aber wenn wir auch auf den bloßen Versuch verzichten, so dürfen unsere Leser versichert sein, daß wir dazu hinlänglichste Ursache haben.

### Der Liberalismus im Schlepptau.

In der Montagausgabe des „Berliner Tageblatt“ widmet Theodor Wolff der wenig selbständigen Haltung der freisinnigen Volkspartei folgende Bemerkung:

„Darf man — von der Dutter zu einem anderen Gedankenkreis übergehend — sagen, daß der sogenannte unterschiedene Liberalismus gut täte, nicht zu sehr im Hintergrund zu verschwinden, auch im Kriege ein eigenes Wort zu sprechen und sich nicht immer nur in einer Sammelklärung mitzuäußern, die Herr Spahn im Namen der „bürgerlichen Parteien“ zu verlesen pflegt? Die Scheidung zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie berührt gerade in der jetzigen Kriegszeit eigentümlich und nicht gerade sehr schön, und wenn es durchaus verständlich ist, daß konservative Politiker das Trennende bei jeder Gelegenheit zu betonen suchen, so brauchen deswegen liberale Leute ja noch nicht auf solche Wünsche einzugehen. Mander hatte geglaubt, der Liberalismus solle zwischen rechts und links eine Brücke sein. Eine Brücke, die immer nur an der einen Seite festhängt, gerät in Gefahr, ins Wasser zu fallen. Die Erklärung, die Herr Spahn bei der Friedensinterpellation vorlas, brauchte nicht unbedingt durch zehn Parteien herbeigetragen zu werden, denn sie war eigentlich nicht gar so gedankenstärker. Sie war kurz und mißverständlich und wird, was einige Liberale gewiß nicht gewünscht haben, in der ganzen Auslandspresse als eine Kundgebung für die allergefälligsten und vielseitigsten Eroberungspläne ausgelegt. Kann es für die Zukunft günstig sein, wenn eine Partei, die eine eigene Weltanschauung verkörpert, bei großen Gelegenheiten zu tief in dem allgemeinen Sammelkorb versinkt? Es ist nicht leicht, wieder ein Ganzes zu sein, wenn man in den Schicksalsstunden der deutschen Geschichte zu lange ein Zehntel gewesen ist.“

Was der Chefredakteur des „Berl. Tagebl.“ hier dem Freisinn warnend ins Stammbuch schreibt, gilt im allgemeinen erst recht für die noch weiter links stehende Partei.

### Weihnachtsgedanken des Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Graf von Schwerin-Löwiy, betitelt im „Tag“ sonderbarerweise einen Artikel „Weihnachtsgedanken 1915“, in dem er sich gegen die praktische Anwendung der von ihm selbst vertretenen Weihnachtsbotschaft „Frieden auf Erden“ wendet.

Diese eigenartige Abtönung seiner Weihnachtsgedanken begründet er mit den Sätzen:

„Es darf ja nicht Friede werden, bevor nicht diese — erst durch den Krieg herausgeschworene — Gefahr für den Bestand des britischen Weltreiches gehoben und dazu Deutschland vernichtet ist. Hierfür besteht aber nach englischer Darstellung die beste Aussicht, da Deutschland ja bereits an völliger Erschöpfung leidet — oder doch, wie ein besonders tief-sinniges Ententeblatt sich kürzlich ausdrückte, „mit jedem neuen Siege seiner völligen Erschöpfung näherkommt.“

Das es bei dieser Sachlage — denn alles andere, selbst die französische Revanche, ist lediglich in den Dienst englischer Interessen gestelltes Weimert —, hat es bei dieser Sachlage einen Sinn, heute schon Friedensbedingungen zu erörtern oder auch nur Friedensverlangen zu bekunden?

Wahrscheinlich nicht jeder vernünftige Mensch sagen, daß solche Erörterungen und Bekundungen — wie stark der Friedenswunsch auch bei unseren Feinden, und wie berechtigt er auf beiden Seiten sein mag — doch nur das gerade Gegenteil von dem bewirken können, was sie bezwecken? Ja, müssen sie nicht, wie die Dinge heute noch liegen, in das furchtbare Bilgenweb des feindlichen Nachrichtendienstes neue immer festere Maschen knüpfen, der sinkenden Siegeszuversicht unserer Feinde immer neue Nahrung bieten, ihre so verhängnisvolle Selbsttäuschung über die wahre Kriegslage — und damit den Krieg selbst — ins Unendliche verlängern?

Nicht als Kraft, sondern als Schwäche haben unsere Feinde von jeder unsere Friedensliebe gedeutet. Und so werden sie jede dahingehende Bekundung auch noch heute deuten.“

Diese Botschaft haben wir nun schon sehr oft vernommen, aber sie will uns durch ihre Wiederholung keineswegs glaubhafter erscheinen.

Denn die Darstellung, als ob man im Ausland jeden in Deutschland geäußerten Friedenswunsch als neuen Beweis dafür ansehe, „daß Deutschland bereits an völliger Erschöpfung leidet“, ist erfreulicherweise unrichtig!

Gerade in der bürgerlichen Montagspresse finden wir zwei triftige Gegenbeispiele. Da wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die „Times“ sich aus Deutschland über die Dutternot schreiben lasse, daß diese Not zwar ein gewisses Murren mancher Hausfrauen hervorrufe, daß es aber geradezu lächerlich sei, von einem Duttermangel auf irgendwelche Erschütterung auch nur der wirtschaftlichen Widerstandskraft Deutschlands schließen zu wollen!

Und ein anderes Berliner Blatt zitiert aus der extrem nationalistischen „Idea Nazionale“ eine andere Stimme, die herbstlichen Spott über die italienischen Illusionen ausgießt, wonach Deutschlands Niederringung durch irgendeine Art der „Aushungerung“ erreicht werden könne.

Den Ausführungen des Grafen Schwerin-Löwiy in ähnlicher Ausführlichkeit entgegenzutreten, ist uns verlag. Aber die Feststellung dieser der bürgerlichen Berliner Presse entnommenen Tatsachen spricht deutlich genug.

## Letzte Nachrichten.

### Aus dem englischen Unterhause.

London, 20. Dezember. (W. L. W.) (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Im Unterhause erklärte Tennant: Die britischen Verluste am Balkan waren bis zum 11. Dezember: 32 Offiziere und 1246 Mann, wovon nur ein Offizier und 55 Mann getötet wurden.

Man einigte sich, die beantragte Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments von einem Jahr auf acht Monate herabzusetzen.

Die Mitteilung von der erfolgreichen Zurückziehung der britischen Truppen mit unbedeutenden Verlusten und von ihrer Ueberbringung nach einem anderen Kriegsschauplatz wurde mit Beifall begrüßt. Asquith erklärte, die Zurückziehung sei infolge eines vor einiger Zeit gefassten Beschlusses des Kabinetts geschehen.

Da es noch schwierig ist, die Zahlen der nach Lord Derby's Plan ausgehobenen Rekruten zu klassifizieren, mußte Asquith seine Erklärung über das Resultat der Werbung auf später verschieben.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Militärschneidertarif vor dem Innungs- schiedsgericht.

Ein Gegenstand zur Schlichtungskommission für Militärschneider bildet das Innungsschiedsgericht, das sich aus fast ausschließlich mit Militärtarifschlichtungen zu befassen hat, sobald der besagte Unternehmer Mitglied der Innung ist und die obige Innung angerufen wird. Am Montag fanden wieder einige Klagenfälle zur Verhandlung. Eine Frau verlangte 17 M. Lohn, den sie nicht erhalten hatte. Sie war mit dem Besten bei der Abrechnung nicht einig geworden, da er 2 M. für nicht vorschriftsmäßig hergestellte Taschen in Militärröcken abziehen wollte. Da sechs Röcke wie angegeben gearbeitet waren, so wurde der Klägerin geraten, sich auf 15 M. zu einigen, da sie nicht den vollen Lohn verlangen könne, wenn sie nicht vorschriftsmäßige Arbeit liefere. Die Kosten wurden halbiert.

Derselbe Unternehmer war mit einer anderen Arbeiterin in Differenzen geraten, und als sie zweimal in das Geschäft kam, um ihren Lohn — 7,80 M. — in Empfang zu nehmen, wurde ihr jedesmal gesagt, das Geld wäre mit der Post abgeschickt. Der Besagte gab an, er habe seine Frau beauftragt, die Sache zu erledigen, daher sei es so gekommen.

Der Vorsitzende rügte, daß man in dieser ersten und schwersten Zeit die Gerichte noch mit solchen Vagabunden beheilige. Das Einschreiten wäre doch gewesen, der Frau das Geld auszubändigen oder es sofort abzugeben, statt erst den ganzen Gerichtsapparat in Anspruch nehmen zu lassen. Die Klägerin erhält ihren Lohn.

„Zahlen? Nicht einen Heller!“ Mit diesen Worten tritt der nächste Beklagte, ein Schneidermeister, an den Richtertisch. Der Kläger hat von Dezember v. J. bis September d. J. Dosen im Städtelohn gearbeitet und zweimal eine Zulage pro Stück erhalten. Er verlangt die tarifmäßige Bezahlung von April bis September d. J., im ganzen die Summe von 1200 M.

Das Urteil lautet auf Abweisung der Klage. Das Gericht nimmt den Standpunkt ein, daß, wer gegen den Tarif verstößt, gegen die guten Sitten verstößt. Tarife seien da, damit sie gehalten werden. Die Sache werde aber anders, wenn es sich herausstelle, daß der Kläger von dem Tarif Kenntnis gehabt haben mußte. Das Gericht habe dies hier angenommen. Der Kläger sei gelernter Schneider und schon sechs Jahre in Berlin ansässig. Er werde schwerlich jemanden von seiner Unkenntnis überzeugen können. Wenn er aber trotz Kenntnis zu niedrigeren Preisen gearbeitet habe, so sei er der Tarifbrecher. In dieser Auffassung sei das Gericht einstimmig gelangt, zumal der Kläger im April schon zu dem Besagten gesagt habe: „Sie müssen ja wissen, was Sie zu zahlen haben.“ Darum müsse er abgewiesen werden. Die Kosten in Höhe von 31,20 M. fallen ihm zu.

Die nächste Beklagte, eine Zwischmeisterin, hat eine Arbeiterin auf Bezugslohn für 8 M. pro Tag engagiert. Als die Arbeiterin aufhörte, sollte sie bloß 2 M. für den Tag bekommen, da sie schlechte Arbeit geliefert habe.

Das Gericht verurteilte die Beklagte dazu, 8 M. zu zahlen. Bei einem Wochenlohn von 18 M. für Bezugslohn, die eine sehr knifflige Arbeit darstellten, könne sie keine tadellose Arbeit verlangen. Uebrigens können die Bezüge nicht gar so schlecht gewesen sein, denn die Beklagte habe dieselben doch schon abgenommen gehabt. Auch sei sie den Beweis für ihre Behauptung schuldig geblieben.

Eine Arbeiterin klagt auf 8,80 M., außerdem auf das Gehalt für 14 Tage, zusammen 55,02 M. Sie war mit dem Geschäftsinhaber in Streit geraten und von diesem u. a. „Lügnerin“ genannt worden. Das Gericht sprach ihr die 8,80 M. zu. Wenn jemand Lügnerin genannt werde, so habe er das Recht, aufzuhören. Das Gehalt für 14 Tage könne die Arbeiterin dagegen nicht bean-

spruchen, da der Betrieb über zehn Personen beschäftigt und laut Polizeivorschrift eine Arbeitsordnung besitzen müsse. Diese sei auch vorhanden und darin stehe, daß Kündigung ausgeschlossen sei. Auch gehöre Inhaber dem Verband der Nähmaschinen an und dessen Tarif habe die Kündigung ausgeschlossen.

Weiter klagte eine Frau gegen den Unternehmer Kowotny, Mörderstr. 181, vorn 1 Treppe, auf 5,80 M. Lohn. Dieser Herr ist bereits eine gerichtsnotorische Erscheinung. Vor seinem Hause sollte man eine Warnungstafel errichten, damit arme Arbeiter und Arbeiterinnen vor ihm geschützt wären. Der Herr, von dem der Vorsitzende sagte, es sei bedauerlich, daß es noch solche Existenzen gebe, befolgt eine sehr bequeme Taktik: Er zahlt nicht, er läßt sich verklagen, er kommt nicht zu den Terminen und Zwangsvollstreckungen verlaufen fruchtlos. „Bei mir ist nichts zu holen“, hatte er auch der Klägerin beim Abgang geantwortet. Dabei soll es dem Herrn nicht etwa schlecht gehen. In Schnitzereien erzählt man sich Wunderdinge aus seinem Privatleben, wobei ein eigenes Auto, eine Nacht, eine Villa usw. erwähnt werden. Jedenfalls ist dieser Unternehmer ein solcher, demgegenüber seitens der Arbeiterschaft Vorsicht geboten ist. Vesser, die Hände in den Schoß legen, als für solche Leute umsonst arbeiten und noch Ärger und Kosten haben.

Die dem Transportarbeiterverbande angehörende Sektion der Binnenschiffer der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen hielt am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung ab, die einige für die Berufsangehörigen zurzeit wichtige Angelegenheiten verhandelte. Zuerst wurde die Teuerung und die Lage der Schiffsmannschaften besprochen. Der Referent Paul Müller beleuchtete eingehend die Lebensmittelerzeugung und ihre Ursachen und führte dann aus: Die Organisation hatte bald nach dem Ausbruch des Krieges versucht, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern herbeizuführen, die den Zweck haben sollte, nicht nur für die Interessen der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Unternehmer, soweit eine Gemeinsamkeit der Interessen gegeben ist, zu wirken. Nachdem aber die Unternehmer gewisse Vergünstigungen durch die Behörden erlangt hatten und die Arbeiter Teuerungszulagen forderten, lehnten die Unternehmer, vor allem die dem Arbeitgeberverbände angehörenden großen Firmen ein Zusammengehen mit den Arbeitern ab. Diese waren deshalb genötigt, selbständig vorzugehen. Sie stellten ihre Forderungen im Juli und Oktober 1915 an die einzelnen Unternehmer. Der Erfolg dieser Aktion war, daß 66 mittlere und kleinere Firmen teils Teuerungszulagen, teils Lohnzulagen von 5—10 M. monatlich bewilligten. Hierdurch haben rund 8000 Arbeiter eine Lohnverbesserung von ungefähr 25 000 M. monatlich insgesamt erreicht. 25 bis 30 Firmen haben jedoch Entgegenkommen abgelehnt. Man kann sich des Erfolges dieser Aktion freuen, obgleich er verhältnismäßig gering ist. Die Unternehmer sagen, sie hätten nicht mehr bewilligen können, da sie selbst unter der ungünstigen Konjunktur leiden. Das ist aber nicht richtig. Die Unternehmer machen trotz der bewilligten Zulagen noch Ersparnisse an Lohn, weil ja die Zahl der auf den einzelnen Fahrzeugen beschäftigten Mannschaften verringert worden ist. Augenblicklich ist nach Lage der Verhältnisse nicht mehr zu erreichen. Da der Burgfriede nicht für alle Zeit dauern kann, so müssen die Kollegen aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß sie ihre Bewegung zu beleben haben.

In der Diskussion führte der Sektionsleiter Schünning aus, daß auf der Oder, wo die kleineren Unternehmer vorherrschen, die Löhne der Bootleute um 30—40 M. monatlich höher sind, als auf der Elbe, wo die dem Arbeitgeberverbände angehörenden großen Gesellschaften maßgebend sind. Wenn diese Unternehmer den Bootleuten jetzt 10 M. mehr zahlen, so kann das als eine Zulage nicht angesehen werden, denn die Bootleute müssen dafür viel mehr leisten, weil Fahrzeuge, die sonst mit drei Bootleuten besetzt waren, jetzt nur deren zwei haben. Wenn die beiden jetzt zusammen 30 M. mehr bekommen, so spart der Unternehmer 120 Mark Lohn für den dritten Mann, dessen Arbeit die beiden anderen mitmachen müssen.

Döring, der über die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten referierte, führte unter anderem aus: Dem Transportarbeiterverband ist es bis jetzt nur in Berlin gelungen, mit einigen Unternehmern eine Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge abzuschließen. Der Versuch, ein derartiges Abkommen auch mit dem Arbeitgeberverband für die Binnenschifffahrt zu treffen, ist bis jetzt erfolglos geblieben und wird auch wohl in Zukunft keinen Erfolg zeitigen. In der Schifffahrt können ja Kriegsbeschädigte nur in geringem Maße beschäftigt werden. Wenn ein Arm oder ein Bein fehlt, der ist, auch wenn er künstliche Glieder erhält, für die Schifffahrt nicht mehr zu verwenden. Aber in den Lagerhäusern und den sonstigen Anlagen der großen Schiffahrtbetriebe könnten derart Beschädigte ganz gut beschäftigt werden. Das ist es, was durch eine Arbeitsgemeinschaft erreicht werden sollte. Die Organisation wird nun auch ohne Vereinbarung mit den Unternehmern in dieser Richtung tätig sein.

Ein Diskussionsredner verwies darauf, daß die für die Schifffahrt nicht mehr verwendbaren Kriegsbeschädigten von den Strombaubehörden beschäftigt werden könnten.

Ueber die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege referierte Schünning. Er vertrat die Ansicht, daß nach dem Kriege infolge des zunehmenden Verkehrs auf den Wasserstraßen und der normalen Schiffsbemannung, die doch dann wieder eintreten müsse, eine starke Nachfrage nach Schiffsmannschaften sich bemerkbar machen wird. Für die Arbeitsvermittlung können aber die Heuerstellen des Arbeitgeberverbandes nicht berücksichtigt werden, weil sie keine Gewähr für angemessenen Lohn bieten und nicht nur Arbeitsnachweise, sondern auch Nachfrageinstitute sind. Der Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes vermittelt Arbeitskräfte nur zu den von der Gewerkschaft geforderten Löhnen. Er hat Vermittlungsstellen in allen für die Binnenschifffahrt hauptsächlich in Frage kommenden Orten eingerichtet und die Vermittlung so organisiert, daß jeder Bezirksarbeitsnachweis genau unterrichtet ist über die Lage des Arbeitsmarktes in allen Bezirken, so daß ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage im ganzen Schifffahrtsgebiet jederzeit möglich ist. Wenn die Kollegen überall für die Benützung ihres Arbeitsnachweises wirken, dann wird er in der Lage sein, die aus dem Felde heimkehrenden Berufsangehörigen ohne Schwierigkeit in Arbeit zu bringen. Damit war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

## Familienunterstützung bei den Maschinisten und Heizern.

Die Geschäftsstelle Groß-Berlin des Verbandes der Maschinisten und Heizer zahlt an die bedürftigen Familien der einberufenen Mitglieder auf Antrag 8 M. Weihnachtsunterstützung. Je nach Lage der Verhältnisse ist die Verwaltung befugt, über diesen Satz noch hinauszugehen. Die Auszahlung erfolgt nur bis 15. Januar 1916.

## Deutsches Reich.

### Teuerungszulage im Kölner Pflasterergewerbe.

Am 18. Dezember haben in Köln Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen des Pflasterergewerbes stattgefunden, die zu einem annehmbaren Ergebnis führten. Die Arbeitervertreter hatten eine Zulage von 20 Proz. auf die bisherigen tariflichen Lohnsätze zum Ausgleich der Lebensmittelerzeugung beantragt; nach längeren Verhandlungen einigte man sich auf 15 Proz. Die Lohn-erhöhung gilt für den ganzen Regierungsbezirk Köln und ist durch Vertrag festgelegt bis auf die Dauer von sechs Monaten nach dem Kriege, so daß also auch die Mehrzahl der Arbeiter, die sich heute noch in Schützengruben befinden, teilhaben an der Lohnerhöhung. Sie haben vor allem nicht zu befürchten, daß mit dem Zurückströmen der Feldgrauen in die früheren Arbeitsstellen gar eine Lohnüberabstufung eintritt.

Der Vertrag kann innerhalb drei Monaten nach Vereinbarung gekündigt werden; unterbleibt die Kündigung, dann gilt er ein Jahr länger.

Nur noch 4 Tage

25%

Rabatt

Sie erhalten diesen Rabatt auf unsere alten billigen Friedens-Preise, die wir vor dem Fest nicht mehr erhöhen werden, trotzdem wir selbst die meisten Artikel bedeutend zurer bezahlen müssen.

Steigen die Einkaufspreise weiter, so müssen auch wir nach dem Fest mehr nehmen.

Wir wollen durch den Extra-Rabatt unsern Kundentreuhergrößen, vor allem recht viele, viele neue Kunden werden für uns!

**neues Geschäft Friedenau, Rhein-Str. 18.**

Wer einmal bei uns kauft, kauft immer, deshalb können wir einmal diesen hohen Rabatt gewähren. Sie werden mit jedem Artikel von uns Freude bereiten und Ehre einlegen, denn wir geben

**Garantie für jedes Stück.**

Diese Garantie berechtigt zum Umtausch und zu kostenloser Augenuntersuchung bis 4 Wochen nach Weihnachten. Wenn Sie jetzt in unseren Geschäften Ihren Bedarf decken oder Ihre Weihnachtskäufe machen, so gewähren wir Ihnen 25 % Rabatt in Ware, in der Weise, daß Sie für je volle 10 M., die Sie zahlen, noch für 2,50 M. andere Artikel ganz umsonst auswählen können, also für 20 M. einen 5-M-Rabatt usw. dagegen erhalten Sie für die Zwischenpreisungen nicht mehr, 3 M für 16 M. auch nur 2,50 M. Au Wunsch erhalten Sie einen Gutschein darüber für späteren Bedarf! Sie können also zwei Einkäufe oder Geschenke für ein Geld machen. Der Rabatt wird in allen uneren Geschäften gewährt, unsere einzige Bedingung ist: Sie müssen diese Anzeige vorlegen.

Es lohnt sich also doppelt für Sie, jetzt bei uns zu kaufen. Denken Sie auch darüber nach, wenn Sie eine Weihnachtsfreude machen könnten mit einem uneren garantierten Augengläser aus Golddoublet von 4,50 M. an, oder aus echtem Golde für 20 und 26 M., oder mit einem guten Theaterglase für 16, 20 M. usw. oder mit einem geschmackvollen Barometer für 4,50, 6, 10, 12 M. usw., und wenn Sie den zweiten Artikel den Sie umsonst beziehen,chenken können.

Für 2,50 M. erhalten Sie eine Feldstecherlampe mit neunstündiger Garantie-Batterie oder einen im Felde brauchbaren Kompaß. Vielleicht können Sie einem Soldaten damit eine Freude bereiten. Auch haben wir einfache Brillen und Kneller, schöne Thermometer, Lupen und Belegblätter für 2,50 M.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Optiker Ruhnke, Berlin

Potsdamer Str. 113, Ecke Mauer-Str.  
Am Alexanderplatz, neben Wälinger  
Lauenhagen-Str., Ecke Warburger Str.  
Friedrich Str. 150, Ecke Dorotheen-Str.  
Oranien Str. 44, nahe Oranienplatz  
Friedenau, Rhein-Str. 18, gegenüber Kaiser-Eiche, Ecke Kirch-Str.  
Brunnen-Str. 12, nahe Rosenhaler Platz  
Friedrich-Str. 180, Ecke Tauben-Str.  
Hans-Str. 1, Ecke Potsdamer Platz  
Chaussee-Str. 72, neben Stein's Warenhaus  
Am Epitelmart, Ecke Wall-Str.

Am silbernen und goldenen Sonntag von 12—8 geöffnet.

Großer

Weihnachtsverkauf

Sämtliche Konfektion auch für stärkste Damen vorrätig

**Plüschmäntel u. Jacketts,** glatt u. in den modernsten Blumenformen, aus Prima Velours du Nord and allerfeinstem Seal . . . . . von M. **25**

**Astrachanmäntel,** glatt und Glockenform, auf warmer Einlage und mit Fellfutter . . . . . von M. **21**

**Ulster,** offen und geschlossen zu tragen, aus dicken, molligen Stoffen, in modernem Glockenschnitt . . . . . von M. **950**

**Frauenmäntel, Kostüme** Prima Eskimo, auf Kloth und Seide gefüttert aus gediegenes Stoffen, in allen modernen Farben, mit weitem Glockenrock . . . . . von M. **1950**

**Kostümröcke enorm billig,** blau, schwarz u. gemusterten Stoffen, Samt u. Trägerrocken . . . . . von M. **395**

Blusen, Unterröcke, Morgenröcke, Matinees.  
Garnierte Kleider zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen **1350 25 33 45**

Für Weihnachts-Geschenke geeignet:  
Loden-Kostüme für Sport u. Wandervogel M. **1950**

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße  
12 Schaufenster. 2 Häuser vom Dönhofsplatz.

Sonntag v. 8-10 u. v. 12-8 Uhr geöffnet.

Reste

Kostüme, Stoffe, neueste Muster, Astrachan, Krümmen, Seidenplüsch, Sammet, Seide u. s. w.

Konfektion

Paletots, Pakett, Obermäntel, Kostüme und Kostüm-Röcke in grosser Auswahl

C. P. C. L. P. Kottbuser

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 9884

Münzen

kauft Ball, Münzenhandlung, Büchelstr. 46/47

Herren-Mäntel

Ulster, Paletots, Anzüge verkauft große Herren-Kleider-Fabrik jetzt auch an Private. Stralauer Str. 42/43, 1 Tr.

Reichstag.

24. Sitzung, Montag, den 20. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Deibrad, Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne.

Besteuerung der Kriegsgewinne.

Die Kommission beantragt hierzu in einer Resolution den Reichsanwalt zu ersuchen: 1. a) Maßnahmen zu treffen, um unter voller Wahrung der Interessen des realen Geschäftsbetriebes die Unterbindung und Feststellung von Käufen herbeizuführen, in denen durch Kriegslieferungen, die Vorbereitung, Vermittlung, Besorgung oder Verschaffung von Kriegslieferungen oder eine andere Mitwirkung bei ihnen ein übermäßiger oder unlauterer Gewinn erzielt worden ist, b) einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Reichsbesitzer ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den, wer sich oder einem dritten für Beeresleistungen Vermögensvorteile gewährt oder versprechen läßt, die den üblichen Wert übersteigen und im auf-fallenden Mißverhältnis zur Leistung stehen, zum Erfolge des Schadens verpflichtet wird, und zwar mit rückwirkender Kraft auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Rechtsgeschäfte; 3. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, durch welche die Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sicher gestellt wird.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen in einer Resolution, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die

Erhebung eines erneuten Wehrbeitrags

in Laufe des Steuerjahres 1916/17 vorsieht. Personen, die infolge einer Erhöhung ihres Vermögens oder Einkommens in den Kreis der Beitragspflichtigen oder in eine höhere Beitragsstufe aufrücken, haben dies anzumelden. In Fällen, wo eine beträchtliche Verminderung des Vermögens oder Einkommens nachgewiesen wird, ist auf Antrag eine entsprechende Ermäßigung des Beitrages zu gewähren.

Abg. Dr. David (Soz.):

Das vorliegende Gesetz will verhindern, daß Gewinne von Aktien und anderen Erwerbseigenschaften sich auf diese oder jene Art zerstreuen. Es ist ein Teil einer kommenden Steuer-gesetzgebung, die für den März angekündigt ist. Diese kommende Gewinnbesteuerung soll nach der Ankündigung des Schatzsekretärs sich eng anlehnen an das vorhandene Reichs-besitzsteuergesetz vom 3. Juni 1913, das im April 1917 in Kraft treten soll und im wesentlichen eine Besteuerung des Vermögenszuwachses darstellt. In gewissem Sinne soll dieses Besitzsteuergesetz ausgebaut werden. Die erste Ergänzung ist die Einschließung der juristischen Personen in dieses Gesetz, die die Sozialdemokraten schon 1913 gefordert haben. Darin liegt eine Doppelbesteuerung, da das Vermögen auch bei der Ausschüttung an die Aktionäre ergriffen wird. Aber bei den Aktienhabern löst sich der Gewinn vielfach in kleine Stücke, in Atome auf und entzieht sich der Besteuerung fast ganz, und somit wirkt eine Doppelbesteuerung eintritt, ist sie moralisch berechtigt, da das Einkommen aus dem Besitz von Aktien ein unarbeiteter Gewinn ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Weiter soll auch der Besitz an Juwelen, kostbarem Schmuck, Kunstwerken und dergleichen herangezogen werden. Auch das haben wir früher schon erstrebt. Wenn man diesen Besitz freilassen wollte, so wäre das eine schreiende Un-gerechtigkeit, geradezu eine Aufforderung zur Steuerhinterziehung. (Sehr richtig.) Eine dritte Ergänzung will, daß nicht nur das Vermögen berücksichtigt werden soll, sondern auch die Einkommensverhältnisse der Steuer-pflichtigen. Beim Wehrbeitragsgesetz ist das mit Erfolg durch-gesührt worden. Meine Parteifreunde billigen auch diese Ergänzung. Notwendig ist ferner, daß auch die

fürstlichen Personen und Familien

in das neue Gesetz einbezogen werden. Darum ist schon gekämpft worden. Beim Wehrbeitrag ist es gelungen, die Steuerpflicht der Landesfürsten in das Gesetz hineinzubekommen. Die Regierung erklärte zwar, die Fürsten haben sich freiwillig dazu erhoben, aber die Kommission und die Mehrheit des Reichstages standen auf dem Boden, daß die Landesfürsten prinzipiell steuer-pflichtig sind, und es wurde in das Wehrbeitragsgesetz ein Passus aufgenommen, wonach die Bundesregierung die Instanzen zu be-stimmen hat, die die Besteuerung der Landesfürsten in die Wege zu leiten haben. Wir bemühten uns, die Steuerpflicht der Landes-fürsten auch in das Besitzsteuergesetz hineinzubringen. Aber vor der dritten Lesung wurde sie wieder herausgebracht. Diesmal wird diese Steuerpflicht wohl aufgenommen werden von einer großen Mehrheit des Hauses. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Möge daher die Reichsregierung die Steuerpflicht der Landesfürsten in der kommenden Vorlage von vornherein aus-sprechen, um uns erbitternde Kämpfe hierüber zu ersparen. In einer Zeit, wo jeder bereit sein muß, Opfer zu bringen für die Interessen der Gesamtheit, dürfen sich die fürstlichen Familien der Steuerpflicht auch nicht entziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Schatzsekretär nannte die Steuerpflicht letztlich eine Ehrenpflicht genau wie die Wehrpflicht. Offenlich wird die Reichsregierung nicht den Standpunkt aufrecht erhalten, diese Ehrenpflicht gelte nicht für die Landesfürsten. (Wei-fall links.)

Der Staatssekretär hat ferner gesagt, die

Besteuerung des Rinderbesitzes

solle aus dem Gesetz herausfallen. Das hieße in das Besitzsteuer-gesetz ein Loch zu schlagen das durchaus beklagenswert wäre. Wer die Kämpfe um diese Bestimmung kennt, muß die Regierung dringend warnen, diese Kämpfe bei dem kommenden Gesetz neu zu eröffnen. Gegen diese Absicht würden wir uns mit aller Energie wenden; wir sagen der Regierung schwerste Fehde an, wenn sie daran denken sollte, diese schwer erkämpfte Ertragserschaft wieder aus dem Besitzsteuer-gesetz zu entfernen. (Wei-fall links.)

Was wird nun aus dem alten Besitzsteuergesetz, da ja das neue, sein Ausbau schon 1916 in Kraft treten soll. Wir hoffen, daß es eine dauernde Einrichtung sein wird. Es wäre das dann ein Reichsvermögens- Einkommens- Erbschaftsteuergesetz. Man könnte fragen, ob nicht daneben ein direktes Einkommensteuergesetz geschaffen werden soll. Aufgegeben haben wir diese Absicht nicht, denn die Reichseinkommensteuer muß die Grundlage der Besteuerung sein.

Das vorliegende sowie das im März kommende Gesetz wird aber dem Deutschen Reich

für das Jahr 1916 noch keinen Pfennig Einnahmen bringen.

Frühestens würde Steuer aus diesen Gesetzen vom 1. April 1917 ab eingehen. Wie will da die Regierung das Budget

des nächsten Jahres ins Gleichgewicht bringen? Es sind große Ausfälle bei den Einnahmen zu verzeichnen, bei den Böden, den Verbrauchsausgaben, bei der Post und den Reichseisenbahnen. Das Budget kann also nicht ohne neue Einnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden. Es gibt ja den Ausweg, die Aus-gaben für das Heer und Marine auf die Kriegs-anleihen zu verschieben. Das darf aber unter keinen Umständen geschehen, denn es hieße, ordentliche Ausgaben mit Schulden zu begleichen. Das trifft namentlich auch für die Zinsen der Kriegsanleihen zu, die im kommenden Jahre anderthalb Milliarden betragen werden. Diese Zinsen mit neuen Schulden zu bezahlen, müßte zu einer vollständigen Zerrüttung der Reichsfinanzen führen. Es müßten also neue Einnahmen geschaffen werden. Der Schatzsekretär hat die Anleihenwirtschaft Englands einer Kritik unterzogen und gemeint, England habe größere finanzielle Schwierigkeiten als wir. Aber in einer Beziehung steht England doch besser. Es konnte seine Kriegsausgaben nicht ganz durch Steuern aufbringen, wie es sich im Anfang vielleicht eingebildet hat. Aber die Engländer haben doch nicht ver-säumt, daran zu denken, wenigstens einen Teil der Kriegsausgaben durch neue Steuern aufzu-bringen. Das englische Budget sieht

eine Erhöhung der direkten Steuern

um nicht weniger als 1 Milliarde 820 Millionen Mark vor. Weiter ist eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuern schon für das Jahr 1916 mit 800 Millionen Mark vorge-sehen. (Hört! hört!) Man will dort bekanntlich die Kriegs-gewinne ohne Unterschied der Höhe mit 50 Prozent weg-steuern. Dieses Wehr an direkten Steuern von 2 Milliarden und 420 Millionen Mark ist

ein nachahmenswertes Beispiel.

(Sehr richtig!) Es würde uns von vornherein die Verzinsung der Anleihen und darüber hinaus eine ansehnliche Summe für andere Bedürfnisse des Reiches bringen. England hat zwar auch die indirekten Steuern um 918 Millionen Mark erhöht, England hat aber keine indirekten Steuern auf die Massen-artikel Brot, Fleisch usw., seine indirekten Steuern stützen sich auf Gegenstände, die nicht so tief in die Haushaltung der Armen und Vermittlen eingreifen wie bei uns. Dann kommt noch in Be-tracht, daß die englische Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 3200 M. einsetzt. Nach dem neuen Vorschlage soll diese Grenze auf 2000 M. herabgesetzt werden, bleibt also immer noch höher wie bei uns. Nur 11 Proz. der Bevölkerung sind in England einkommen-steuerpflichtig. England hat also ein viel sozialeres Steuer-system als das Deutsche Reich, und eine Ausgestaltung unserer Steuern darf nur in dem Sinne erfolgen, daß unser Steuer-system ein viel sozialeres Gesicht bekommt. (Sehr richtig! links.)

Um dem Reich schon 1916 neue Einnahmen zu verschaffen, haben wir unseren Antrag eingebracht. Wir verlangen darin eine er-neute Erhebung des Wehrbeitrages. Eine neue Ver-anlagung des Vermögens hat die Regierung abgelehnt. Trotzdem halten wir es für möglich, den Wehrbeitrag zu erhöhen, es kommt nur darauf an, daß bei beträchtlichen Vermögensverminderungen, die seit der Veranlagung vom 31. Dezember 1913 eingetreten sind, eine entsprechende Ermäßigung geschaffen wird. Viele Personen sind aber auch seit dieser Zeit zu Vermögen gekommen und für diese ver-langen wir die Pflicht, Erklärungen abzugeben, daß sie in Besitz eines steuerpflichtigen Vermögens sind. Das Reichsbesitzsteuergesetz hat ja auch solche nachträglichen Erklärungen vorgesehen. Man kann den erneuten Wehrbeitrag auch anders nennen, zum Beispiel Kriegs-steuer oder, wenn man das Wort Steuer verabscheut, Kriegsbetrag. Ein noch schönerer Name, gegen den wir auch nichts haben, wäre „Ehrenpflichtbeitrag“. Dann wird jeder daran erinnert, daß die Steuer im Kriege eine Ehrenpflicht ist wie die Wehrpflicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man wird nun vielleicht sagen, es liege eine Härte für die wohl-habenden Schichten in diesem neuen Wehrbeitrag. Das kann ich nicht zugeben. Der Schatzsekretär hat uns ein glänzendes Bild von der Kapitalkraft Deutschlands gegeben. Unsere Kriegsanleihen werden glatt bezahlt. Daher kann man nicht mit dem Einwand kommen, man müste den Wohlhabenden zu viel zu, wenn man verlange, daß sie eine so erschütternde Steuer dem Reich opfern sollen. Der Staatssekretär sprach bei der Kriegsanleihe von dem kategorischen Imperativ der Staatsbürgerpflicht und der Vaterlandsliebe, der in den geeigneten Milliarden seine Triumphe feiere. Uns scheint es nicht zuviel verlangt zu sein, daß dieser kategorische Imperativ sich auch einmal betätigt, wenn er nicht mit 5 Proz. verzinst wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man darf das moralische Verdienst, Kriegs-anleihe zu zeichnen, nicht zu hoch schätzen. Millionen und aber Millionen wären glücklich, wenn sie auch diesen kate-gorischen Imperativ hätten erfüllen und Kriegsanleihe hätten zeichnen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Millionen beneiden die andern, die in der Lage sind, diese Kapitalanlage zu machen, sie selbst müssen sich damit bescheiden, mit dem Zins zu zahlen für die Kriegsanleihe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da man von den Minderbemittelten die Pflicht der Hingabe von Gesundheit und Leben verlangt, so kann man in solchen Zeiten auch von den Wohlhabenden die Hin-gabe eines beträchtlichen Teiles von Geld und Gut zum Schutze der Heimat, zum Schutze unserer nationalen Gegenwart und Zukunft verlangen. Also es ist durchaus ein moralisches Gebot, zu verlangen, daß eine solche Steuer gezahlt wird. „Nieder Rot ertragen, als des Feindes Gebot“, hat der Herr Staatssekretär gesagt. Ich unter-schreibe das, aber die reichen Leute haben bis jetzt in diesem Kriege materiell noch nicht Rot gelitten. (Sehr richtig!) bei den Sozial-demokraten.) Sie haben noch keinen Hunger kennen gelernt, haben noch immer die Möglichkeit, sich all die Luxusbedürfnisse zuzuführen wie vorher. Soweit sie wehrpflichtig sind, haben sie ihr Blut, ihre Gesundheit auch dem Vaterland zur Verfügung stellen müssen — gewiß, darin sind alle gleich. Aber die Minderbemittelten tragen noch mehr, sie tragen die furchtbare Sorge um ihre Existenz, die Leiden und Entbehrungen, die der Verzicht auf das Notwendigste bedeutet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade im Berliner Westen kann man den schneidenden

Gegensatz zwischen einem Leben in Luxus und Heppigkeit und größtem Elend

beobachten. Da muß man sagen: Wenn es eine Härte wäre, mit einer derartigen Steuer noch einmal zu kommen, gut, dann müßte die Härte ausgelebt werden, denn es würde nichts schaden, wenn auch die Reichen einmal die Not am eigenen Leibe spüren müßten. Also ich sehe kein Argument von sachlichem Gewicht gegen unseren Antrag. Wir verlangen nicht, daß die Reichen und Wohlhabenden in Sack und Asche einhergehen, wir wollen aber, daß sie einen Teil ihres Ueberflusses zum Wohle des Reiches hängen. Es ist das auch eine Dankeschuld, die diejenigen bringen

müssen, die in der glücklichen Lage sind, Vermögen zu besitzen. Denn sie müssen sich doch fragen, wie wäre es mit ihrem Vermögen und Einkommen geworden, wenn der Feind ins Land gekommen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Millionen nicht drauhen ihr Leben eingesetzt hätten, um das Land davor zu be-wahren. Dann wäre die Abgabe der Reichen eine viel größere ge-worden. Daher ist es lediglich eine Dankeschuld, wenn sie sich be-reit finden, jetzt wenigstens das zu zahlen, was sie an Zinsen aus der Kriegsanleihe beziehen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein Wort über die Gesamtwirkung des Krieges.

Der Krieg macht die reichen Leute noch reicher und die Armen noch ärmer.

(Sehr richtig!) Eine große Reihe von kleinen und mittleren Leuten wird um ihre Existenz gebracht, die Wirkung ist eine Ver-schärfung der sozialen Gegensätze. Demgegenüber müssen wir darauf hinarbeiten, daß durch tiefgreifende sozialpolitische Gesetze und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Interessen der Ge-samtheit der Minderbemittelten in Zukunft ganz anders gewahrt werden wie bisher. Also Fortbildung unserer gesamten sozial-politischen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung unter dem Gesichtswinkel einer zweckmäßigen gerechteren Abteilung der Lasten unter dem Gesichtswinkel der Sozialisierung, der Fortbildung zur höheren zweckmäßigeren Organisationen sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art. Hier wird auch die Frage auftauchen, wie weit das Reich durch Schaffung großer Monopole die Rückungsindustrie, die Gruben, das Ver-se-rungswesen in Reichsverwaltung zu nehmen hat, um eine weitere Ansammlung von Reichtümern in Privathänden hintan zu halten und der Gesamtheit die Mittel zuzuführen, die not-wendig sind, um das Kulturniveau des Volkes zu heben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dazu gehört auch

ein sozialeres Steuer-system.

Schonung der Schwachen muß die Parole sein, Hebung des Kultur-niveaus von unten und Zurückschneiden der Spitzen. Es geht nicht an, daß die Hohen und Höchsten noch höher werden und die Massen noch tiefer sinken. Rein, von unten auf muß das Kultur-niveau gehoben werden.

Daher ist nicht daran zu denken, daß man etwa mit neuen indirekten Steuern kommt. Das wäre das Verhängnisvollste, was geschehen kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, die Regierung wird diesen unglückseligen Gedanken nicht aufkommen lassen. Wenn die Minderbemittelten, die Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Geschäftsleute, die heute schon schwer um ihre Existenz kämpfen, einem noch erhöhten Druck ausgesetzt würden, so müßte das zu den aller schlimmsten Konsequenzen führen. Der Reichsschatz-sekretär hat erklärt, die Bundesregierungen seien sich darüber noch nicht im klaren geworden. Für um so notwendiger habe ich es gehalten, heute schon, wo die Materie dieser Gesetzgebung noch weich ist, wo sie noch gestaltet werden kann zu sagen, wie die Sozialdemokratie darüber denkt. Wir zeigen Ihnen einen Weg, er ist gangbar, technische Schwierigkeiten können nicht entgegen-gehalten werden, er ist gut und gerecht, und darum bitten wir: Nehmen Sie diesen Antrag an. (Lebhafter Beifall bei den Sozial-demokraten.)

Staatssekretär des Reichsschatzamtis Dr. Helfferich:

Dr. David hat den Rahmen seiner Ausführungen außerordent-lich weit über den Inhalt der Vorlage und der Resolutionen hinaus erstreckt.

Sie werden nicht erwarten, daß ich auf das eingehe, was Dr. David über eine weite Zukunft gesprochen hat.

Ich würde sonst die Debatte über die künftige Steuerpolitik vorwegnehmen und glaube, Zukunftsfragen, auch wenn sie noch so bedeutend sind, jetzt nicht besprechen zu sollen. Daß die von Dr. David besprochenen Dinge vielleicht niemandem in diesem Hause mehr am Herzen liegen als mir, davon können Sie überzeugt sein. Ich beschränke mich auf das, was heute schon gesagt werden kann. Ich habe schon am 30. November über die späteren Gesetze das ausgeführt, was heute bereits zwischen den verbündeten Regierungen vereinbart ist und feststeht. Näher eingehen will ich nur auf die Frage, ob künftig die durch die Kriegsgewinnsteuergesetzgebung festge-setzten Abgaben neben den durch die Besitzsteuergesetz-gebung vorgeschriebenen erhoben werden sollen oder nicht. Dies wird Sache der künftigen Gesetzgebung sein. Natürlich sind beide Lösungen möglich. Die Abgaben nach dem künftigen Kriegsgewinnsteuergesetz werden ja außerordentlich viel höher sein als diejenigen im Besitzsteuergesetz. Man wird vielleicht sagen können, daß die Besitzsteuerabgaben bei den im Kriege erzielten Vermögensvermehrungen ruhen werden, wenn die Kriegsgewinnsteuerabgaben er-hoben werden. Wenn ich neulich erklärt habe, daß wir Erbschaften und ähnlichen Vermögenszuwachs nicht in die Kriegsgewinnsteuer einbeziehen wollen, so hieß das natürlich nicht, daß etwa die Be-steuerung der Erbschaften durch das Reichsbesitzsteuergesetz abgeschafft werden solle. (Hört! hört!) Aber das Kubenlassen der einen Ab-gabe bei Erhebung der andern bitte ich der Regierung bis zur Be-ratung der künftigen Gesetzgebung zu überlassen.

Dr. David hat sehr bereit die Notwendigkeit geschildert, daß wir vom System der Beschaffung der Kriegskredite durch Anleihen übergehen zu dem System, das er als dasjenige Englands bezeichnet hat. In England hat man sich zu Beginn des Krieges in der Illusion gewiegt, daß dieser Krieg mit ähnlichen Finanz-methoden durchgeführt werden könne wie die früheren Kriege Englands. Das war Täuschung. Wenn Lloyd George noch im November vorigen Jahres im Unterhause zur Begründung seiner Steuerentwürfe sich auf die Finanzierung der Kriege gegen Frank-reich zur Napoleonzeit, auf den Kremlkrieg und andere berufen hat, wo nahezu die Hälfte oder mehr der Kriegskosten durch Steuern gedeckt wurden, so steht heute fest, daß diese Politik gescheitert ist und der Plan, einen erheblichen Teil der Kriegsausgaben durch Steuern während des Krieges aufzubringen, sich nicht hat durchführen lassen. (Sehr richtig! rechts.) So hoch auch die veranschlagten Summen aus den neuen englischen Steuern sind, so sieht fest, daß sie gerade ausreichen, um die Verzinsung der Kriegsanleihe zu decken, daß sie aber keinen Beitrag liefern zu den Kriegskosten. Daß dies so kommen würde bei dem gigantischsten Kriege, das Europa durch-gemacht hat, ist bei uns von den Leuten, die den Krieg finanziell vorbereiten hatten, stets vorausgesehen worden. Damit sollte natürlich nicht gesagt sein, daß die Steuerkraft während des Krieges nun überhaupt nicht an-gezogen werden sollte. Das ist kein Grundlag der deutschen Kriegsführung. Allerdings ist in der inländischen und vor allem in der ausländischen Presse auch von englischen Staatsmännern meine Erklärung so aufgefaßt worden, als ob Deutsch-land während des Krieges auch nicht einen Pfennig anders als auf dem Wege des Kredits aufbringen kann. Das ist ganz falsch. Wir wollen es nur, solange dazu keine zwingende Notwendigkeit vorliegt, unserem Volke ersparen, daß es zu den großen Lasten in diesem Kriege auch noch erhöhte steuerliche Lasten tragen muß. Ich habe immer nur gesagt: solange unser ordentliches Budget

ohne Steuererhöhungen ins Gleichgewicht gebracht werden kann, wollen wir von solchen Steuererhöhungen absehen, aus keinem anderen Grunde. Wie stehen wir nun in dieser Beziehung? Der Reichshaushalt für 1914/15, von dem 8 Monate in die Kriegszeit fielen, hat mit einem sehr erheblichen Ueberschuß abgeschlossen. Es waren rund 220 Millionen. Im März habe ich dann gesagt, daß ich hoffe, daß auch der Etat 1915/16 im Gleichgewicht bleiben werde. Weshalb das trotz der ungeheuren Ausgaben für den Krieg? Wir wollten uns keinen blauen Dunst vormachen. Aber die Ausgaben für Heer und Marine sind, solange der Krieg dauert, aus dem ordentlichen Etat verschunden und auf den außerordentlichen Etat übertragen worden.

Infolgedessen enthält der ordentliche Etat keine Ausgaben für Heer und Marine.

Was das laufende Finanzjahr anlangt, so werden wir entweder überhaupt nicht oder nur mit einem sehr bescheidenen Fehlbetrag zu rechnen brauchen. Daß sich der jetzige Zustand der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts unseres ordentlichen Budgets in der Zukunft ändern wird, habe ich neulich bereits gesagt. Die Aufstellung des Budgets für 1916/17 wird außerordentlich schwierig sein und ohne Erschließung neuer Einnahmen wird sich dieses Budget nicht ins Gleichgewicht bringen lassen. Sie haben also damit zu rechnen, daß für 1916/17 nicht nur die endgültige Kriegsgewinnsteuer kommt, sondern daß Ihnen auch

noch andere Steuervorlagen zugehen,

die zurzeit noch bearbeitet werden. (Lebhaftes Hört! hört!) Wir leben also keineswegs in den Tag hinein und sind nicht gleichgültig im Weggang zum vorläufigen England. Unsere Finanzpolitik während des Krieges beruht vielmehr auf der nächsten und letzten Ermüdung aller Lasten und Möglichkeiten, sie beruht aber auch auf der Forderung, der wir uns nicht entziehen können, die Wirtschaft des deutschen Volkes während des Krieges so leistungsfähig wie nur möglich zu erhalten. Wenn es aber sein muß, dann werden wir auch in die Lasten greifen müssen und dann muß der deutsche Kapitalismus das Geld hergeben nicht nur für 5 Proz., sondern in Form von Steuern, die keine Zinsen bringen. Der Kapitalismus des deutschen Volkes ist mit 5 Proz. nicht abgeholten. Die Verhältnisse liegen bei uns ganz anders als in England und es ist auch nicht richtig, daß England ein sozialeres Steuerlied hat als wir. Wenn in England nur 11 Proz. der Steuerzahler direkte Steuern zu zahlen haben, so muß doch gesagt werden, daß der Wehrbeitrag bei uns von knapp 14 $\frac{1}{2}$  Proz. getragen wird und daß die Belastung mit indirekten Steuern in England etwa 2 $\frac{1}{2}$  mal so groß ist wie bei uns. Ferner hat England gerade während des Krieges die Steuererhöhung von 5200 auf 2600 M. herabgesetzt und ob es dabei sein Vermögen haben wird, wollen wir erst einmal abwarten, nachdem die Bahn einmal beschriftet ist. (Sehr richtig!) Außerdem darf man doch nicht übersehen, daß in England an der direkten Besteuerung nur der Staat interessiert ist. Bei uns besteuern auch die Kommunen direkt und zwar beitragen ihre Aufschläge häufig 200, 300, ja 400 Proz. der Staatseinkommensteuer. Diese Belastung, die Provinziallasten und die Kirchenlasten, alles das kennt man in England nicht. Dafür spielt dort die Mietsteuer eine große Rolle. Wenn man bedenkt, daß der Aufwand für Miete progressiv wächst, je kleiner das Einkommen ist, dann werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß diese Steuer nicht gerade sozial genannt werden kann. (Sehr richtig!) Der Krieg wird unter allen Umständen, einerlei, wie groß die

Kriegsschädigung ist, mit der wir natürlich rechnen, (Bravo!) für uns

kolossale finanzielle Lasten nach sich ziehen.

Darum kommen wir nicht herum, darauf ist auch jeder bei uns gefaßt. Deshalb dürfen wir uns jetzt noch nicht festlegen, sondern müssen uns ein genaues Bild machen, wie die Verhältnisse bei uns liegen. Die Struktur unseres öffentlichen Lebens Reich, Einzelstaat und Kommune, ist gesund und wir wollen diesen Aufbau auch über den Krieg hinaus behalten und weiter pflegen. Alles, was auf finanziellem Gebiet geschieht, muß unter diesem Gesichtspunkt angefaßt werden. Daher bitte ich,

die sozialdemokratische Resolution abzulehnen

und die Idee für die Zukunft zurückzustellen. Der Abg. Dr. David hat wiederholt unter Hinweis auf den gewaltigen Erfolg unserer Kriegsanleihen von dem „Patriotismus gegen 5 Prozent“ gesprochen. Wenn ich früher davon gesprochen habe, daß in dem gewaltigen Erfolg unserer Kriegsanleihen sich der Opferwille des deutschen Volkes zeigt, so habe ich da vor allem an die kleinen Zeichner gedacht. Ich weiß, daß Leute direkt Vermögensnachteile eingegangen sind, um überhaupt Kriegsanleihen zu können. (Sehr richtig!) Es sind Anlagen mit Verlust realisiert worden, um das Geld dem Vaterlande geben zu können. (Weiß!) Mit den Spargroschen ist es genau so. Ich bin fest überzeugt, daß von den vier Millionen Zeichnern manche sich das Brot vom Runde abspart haben, um Anleihen zu können. (Sehr richtig!) Es heißt die große Leistung unseres Volkes verkleinern und herabsetzen, wenn man hier immer nur die 5 Prozent sieht und nicht den wirklichen Opferwillen.

Es gibt in Deutschland niemand mehr, der nach dem Kriege an die Steuerfrage glaubt, wie wir sie vor dem Kriege hatten.

Aber jedermann sagt: der Krieg muß durchgeführt werden, koste es was es wolle. Die enorme Belastung wird von uns getragen werden. Bei der Kriegsberei ist und die Dinge geordnet werden, dann wird sich der deutsche Patriotismus nicht nur im Anleihenzeichnen, sondern auch in Steuerzahlungen zeigen. Diesen Patriotismus brauchen wir und er wird hoffentlich nie fehlen, sonst könnte man an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln. (Lebhaftes Weiß!)

Abg. Dr. Stresemann (nall.):

Es ist nicht wahr, daß die Reichen noch reicher, die Armen ärmer geworden sind. Gewiß, neue Vermögen sind gebildet worden, viele Vermögen sind aber auch in die Kriegsschwankungen mit hineingezogen worden. Und auf der anderen Seite sind die Löhne der daheimgebliebenen Arbeiter zum Teil erheblich gesunken (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), auch wenn man die Teuerung berücksichtigt. — Vergessen wir ferner nicht, daß wir auch in Deutschland Kriegssteuern haben, ich erinnere an die 150 Prozent Kommunalsteuern in Berlin. — Auch die Zeichnung der Kriegsanleihen wollen wir uns nicht verkümmern lassen durch kleinliche Erwägungen. Verluste sind auch für die Zeichner von Kriegsanleihen durchaus nicht ausgeschlossen, aber in der Masse der Zeichnungen kommt es auf jedem Fall zum Ausdruck: das unbedingte Vertrauen zum Reich, zu seinem Fortbestehen als Großmacht. Wäre dies Vertrauen nicht gewesen, dann hätten auch 10 Proz. Zinsen die Leute nicht veranlaßt, Kriegsanleihen zu zeichnen. (Sehr wahr!) bei den Nationalliberalen.) Nach der Rede des Abg. Dr. David mußte man den Eindruck gewinnen, als ob uns der Wehrbeitrag verloren ginge, wenn wir seinen Antrag nicht annehmen. Aber der Wehrbeitrag läuft doch nicht weg, die letzte Rate ist am 15. Februar fällig. Dr. David will neue Erhebungen. Ich glaube nicht, daß er den Reichsfinanzen damit einen Gefallen tut, wenn der neue Wehrbeitrag darauf basiert wird, was jetzt aus neuen Erhebungen herauskommt. Wir sind aber durchaus nicht abgeneigt, die Frage zu prüfen, ob uns inwieweit der Wehrbeitrag weiter erhoben werden muß. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß so große Anforderungen an unsere deutschen Finanzen herantreten werden, daß das Reichsinteresse hier voranzugehen muß jedem Einzelinteresse, daß man auch nicht vor Härten im einzelnen zurückweichen darf. — Die Vorlage selbst entspricht einer gewissen Stimmung im Volke. Diese richtet sich aber nicht gegen Firmen wie Krupp und dergleichen,

sondern gegen die Leute, die gleich im Anfang des Krieges, ohne jemals früher dem legitimen Handel angehört zu haben, mit dem größten Hybris die Spekulationsgewinne durch Kriegslieferungen machten. Um diese Elemente zu lassen, müßte nicht nur eine quantitative, sondern auch eine Art qualitative Staffelung der Steuer eintreten. Daß in der Ansammlung großer Kriegsgewinne in einer Hand etwas Obloses liegen würde, hat die Firma Krupp selbst anerkannt, indem sie in hochherziger Weise den größten Teil ihrer Kriegsgewinne wohlthätigen Zwecken zur Verfügung gestellt hat. Diese Vornehmheit der Gesinnung bedeutet ein Ehrenzeugnis für unsere Industrie. — Darin stimme ich Dr. David vollkommen bei: es ist eine Ehrenpflicht der Leute, die in dieser Zeit des Weltkrieges den Geschicknissen vom fernen Ost aus zuzusehen in der Lage sind, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Rp.):

Wir stimmen der Vorlage zu und sind auch nicht abgeneigt, weitere Raten des Wehrbeitrags zu erheben. Wenn wir trotzdem der Resolution der Sozialdemokraten nicht zustimmen, so nur aus praktischen Erwägungen. Es ist unmöglich in dieser Kriegszeit, die Vorbereitungen für Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrages durchzuführen. Sobald diese Durchführbarkeit gegeben ist, lehnen wir den Gedanken der Resolution keineswegs ab. — Eine Deckung der ungeheuren Kosten nach Beendigung des Krieges durch ausschließlich indirekte Steuern halten auch wir für unmöglich.

Die Gesamtsteuern auf Vermögen und Einkommen im Reich, Staat und Gemeinden werden bis zu 30 und 40 Proz. bei den höchsten Einkommen und Vermögen gehen müssen.

Dazu wird notwendig sein eine einfache organische Reform der gesamten direkten Steuern; von einer solchen Vereinheitlichung werden auch die Einzelstaaten Vorteil haben. Eine Grenze nach unten wird gewiß gezogen werden müssen, aber wie in England, werden doch auch kleinere Einkommen und Vermögen erfaßt werden müssen. Wir werden unsere Lebenshaltung nach dem Kriege einschränken müssen. Das wird vor allem eine Ehrenpflicht der Reichen sein. Nur durch intensive Spargabe an die Interessen des Vaterlandes werden wir die schwere Zeit nach dem Kriege überwinden können. Die Erfahrungen dieses Krieges bürgen dafür, daß das deutsche Volk die Kraft haben wird, auch nach dem Kriege durchzuhalten zu einer glücklicheren wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft. (Bravo! links.)

Abg. v. Brochhausen (L.):

Die Frage der Steuern nach dem Kriege darf nicht agitatorisch behandelt werden. Wir erwarten, daß der Staatssekretär und zu gegebener Zeit ein großartiges Programm dafür vorlegen wird. Die kommende Kriegsgewinnsteuer darf nur den wirklichen Vermögenszuwachs treffen, sonst würde sie bei den hohen Sätzen konfiskatorisch wirken. Die Resolution Albrecht zum Wehrbeitrag lehnen wir aus prinzipiellen und praktischen Erwägungen ab. (Bravo! rechts.)

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich

erklärt auf eine Anfrage des Vorredners, daß bei Produktiv- und Einlaufgenossenschaften als zu besteuender Geschäftsgewinn nur der Teil des erzielten Gewinns gelten soll, der verteilt wird wie die Dividende bei Aktiengesellschaften nach Maßgabe des Kapitals, das der einzelne Gesellschafter wirklich eingelegt hat.

Abg. Mertin (Rp.):

wünscht dem Staatssekretär Glück zu dem Erfolge bei seiner ersten gesetzgeberischen Maßnahme. Die sozialdemokratische Resolution lehnen seine Freunde ab, der Resolution der Kommission werden sie zustimmen. Um die übermäßigen und unlauteren Gewinne der Kriegslieferungen zu treffen, sollte man einen Teil des Kaufgeldes bei Lieferungen für das Heer und die Marine zurückbehalten; im Interesse der Sicherung der Kriegsgewinnsteuer wäre eine solche Maßregel sehr empfehlenswert.

Abg. Frhr. Hehl zu Herrnsheim (bei keiner Fraktion):

Wären seiner Zeit die Zölle auf Lebensmittel nach dem Wunsche der Sozialdemokraten abgeschafft worden, so hätten wir jetzt im Kriege das Heer und die Bevölkerung nicht ernähren können. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Die direkten Steuern dürfen für die besser Situierten nicht so hoch sein,

daß sie einer Konfiskation gleichkommen; denn dann würden die Betriebe zum Stillstand kommen, und das läge sicher nicht im Interesse der Arbeiter. Das sollten die Sozialdemokraten bei ihren Forderungen bedenken.

Abg. Schiffer [Magdeburg] (nall.):

Eine Steuer kann keinen Unterschied machen zwischen Berechtigtem und unberechtigtem Gewinn, eine Steuer ist stets moralisch. Aber die unmoralischen Gewinne müssen deshalb doch erfaßt werden, und zwar, da es steuerrechtlich nicht geht, durch besondere Befehle, wie die von der Kommission beschlossene Resolution es verlangt. Können wir unredliche und unmoralische Geschäfte nicht treffen, so wäre das ein Armutszeugnis für den Reichstag und die Verbündeten Regierungen.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Liden:

Es ist ein sehr sympathischer Gedanke, die unlauteren Gewinne für das Reich nutzbar zu machen. Es ist auch richtig, eine solche Rückhaltung nicht mit dem Kriegsgewinnsteuergesetz zu verquiden. Es sind aber doch auch große Bedenken vorhanden und ich muß etwas Wasser in den hoffnungsvollen Wein gießen. Es würde nötig werden, jeden Fall der Kriegslieferung zu untersuchen und dadurch würde auch der gesunde Wirtschaftsdruck gehemmt werden. Es ist Hervorragendes von der Landwirtschaft und der Industrie geleistet und mit Recht ist oft auch ein hoher Verdienst gemacht worden. Wo das „übermäßig“ beginnt, ist fast gar nicht festzustellen. Selbstverständlich möchte ich versuchen, den Gedanken der Resolution gesetzgeberisch zu fassen, doch ist es mir zweifelhaft, ob es gelingen wird.

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel:

Die Zahl der unlauteren Lieferanten, die bei Heereslieferungen beteiligt sind, ist keineswegs sehr groß. Im allgemeinen haben sich Industrie und Handel in durchaus ehrbarer und angemessener Weise betätigt.

Abg. Gräber (Z.):

Es kann nicht so schwer sein, wie der Staatssekretär meinte, die unlauteren Gewinne auch wirklich gesetzgeberisch zu erfassen; es würde das durchaus dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen. Die Hauptsache ist, daß der Gewinn in auffälligen Mißverhältnis zur Leistung steht. Solche Fälle müssen zivilrechtlich zu erfassen sein. Aufgabe des Reichsjustizamts wird es sein, eine gut ausgearbeitete Vorlage im März vorzulegen. Dann wird er im Reichstag damit keine Schwierigkeiten haben, die wird er höchstens bei sich und seinen Räten haben. (Weiterkeit.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der Abgeordnete Hehl zu Herrnsheim hat versucht, die Aufmerksamkeit von unserer Resolution damit abzulenken, daß er sich gewaltig über unsere allgemeine Steuerreform ereiferte. Nach dem Kriege werden wir so eingehende und lebhaft kämpfe über die allgemeinen Steuerforderungen der verschiedenen Parteien haben, daß er gewiß auf seine Rechnung kommen wird. Jetzt haben wir besseres zu tun. Der Staatssekretär hat gerade mit Rücksicht auf das, was jetzt geschehen muß, es abgelehnt, auf unsere Resolution einzugehen. Unsere Resolution betrifft aber

die Arbeit, die jetzt erledigt werden muß und die, wenn sie jetzt versäumt wird, gar nicht

mehr nachzuholen ist. Es handelt sich dabei um die Frage, welche Steuern im März nächsten Jahres zum Ausgleich des Reichshaushaltplans vorgelegt werden sollen. Der Staatssekretär sagt, warten Sie doch ab, im März wollen wir uns über die Steuern auseinandersetzen. Gewiß, über die Einzelheiten.

Aber die Grundfrage muß entweder jetzt entschieden werden oder wir stehen nachher vor vollendeten Tatsachen,

nämlich die Frage, ob es direkte Steuern sein sollen, die die reiche Bevölkerung im wesentlichen zu tragen hat, oder ob man die Lasten durch indirekte Steuern, Verbrauchssteuern usw. wiederum auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung legen will. Ich erinnere Sie an die Vorgänge der letzten Finanzreform, wo es sich ja nur um 500 Millionen handelte, eine ganz bescheidene Summe im Verhältnis zu den Summen, die heute in Betracht kommen, und um eine Zeit, als unser Volk auf der Höhe seiner Kraft stand, während es jetzt schon die allerhöchsten Opfer auch so bringen muß. Im März müssen wir die Vorlage, die uns vorgelegt wird, im wesentlichen nehmen, zur Ausarbeitung neuer Steuervorschläge fehlt uns dann die Zeit und die Ruhe. Darum müssen wir uns jetzt darüber verständigen, welcher Art die Vorlage sein soll. Der Umstand, daß der Staatssekretär vermieden hat, auf die Sache einzugehen und die Gründe, die er gegen unsere Resolution vorbrachte, sind leider geeignet,

die große Rasse der Bevölkerung auf das allerhöchste zu beunruhigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte, wir müssen doch erst Ueberblick über die Verhältnisse haben. Den Ueberblick, der hier notwendig ist, den hat er schon. Er muß sich schon jetzt sagen, daß gar nicht daran zu denken ist, dem arbeitenden Volke in irgend welcher Form neue Lasten aufzuerlegen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Großkapital wird immer mächtiger, der Mittelstand verdrängt und die übrige Bevölkerung kommt in eine geradezu unerträgliche Lage nach dem Kriege, nicht nur dadurch, daß das Wirtschaftsleben in mancher Beziehung gehemmt sein wird, sondern auch durch die ungeheure Teuerung, die uns im wesentlichen für absehbare Zeit nach dem Kriege bleiben wird. Es wird daher der Vereinigung aller Kräfte und der größten Arbeit bedürfen, um die Lage des arbeitenden Volkes einigermaßen erträglich zu machen. Daher muß es von vornherein ausgeschlossen sein, daß wir im März noch weitere die Lasten vergrößern, die auf den Schultern der Arbeiter jetzt ruhen. Es muß unsere Aufgabe sein, das arbeitende Volk zu entlasten, aber nicht noch mehr zu belasten. Es liegt im eigenen Interesse der Regierung, daß der heutige Tag nicht vorübergeht, ohne daß klipp und klar erklärt wird, daß an indirekte Steuern nicht gedacht werden kann. Alles andere ist Nebensache. Wie die Steuer im einzelnen geregelt wird, bedarf eingehender Erwägung. Mit den Schwierigkeiten der Durchführung unseres Antrages soll man uns nicht kommen in einer Zeit, wo unser Volk so gewaltige Aufgaben im Dienste des Vaterlandes zu erfüllen hat. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dringend, auf unsere Frage eine andere Antwort

zu geben. Möge er das bringen, was draußen von Millionen von Menschen verlangt wird, die klare Erklärung, daß nicht daran zu denken ist, daß das deutsche Volk mit neuen indirekten Steuern belastet wird. Spricht er dies Wort heute nicht, so würde das eine ungeheure Beunruhigung in die Massen des Volkes bringen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Der Abg. Hoch hat sehr eindringlich und überzeugt gesprochen, er scheint aber meine Ausführungen nicht gehört zu haben. Als ich ihn hörte, fragte ich mich, ob er mich vielleicht mit einem anderen Redner verwechselt habe, denn er ging an meinen Worten einfach vorbei. Er wirft mir vor, daß ich große Beunruhigung in das deutsche Volk geworfen hätte. Nein, Herr Hoch, das haben Sie soeben getan. (Lebhaftes Sehr richtig!) Abg. Hoch ist so, als ob ich mich dahin ausgesprochen hätte, daß jetzt während des Krieges die notwendigsten Lebensmittel durch indirekte Steuern belastet werden sollen. Kein Wort habe ich darüber gesprochen. (Erneute lebhaftes Zustimmung.) Ich stelle fest, daß die einzige bisher feststehende Steuer, die im Reiche kommen wird, die Kriegsgewinnsteuer ist, die im Grunde nichts anderes bedeutet als eine außerordentlich erweiterte und verschärfte Reichsvermögenszuwachssteuer. Also die einzige Steuer, von der bisher gesprochen wurde, ist nicht eine indirekte, sondern eine Besitzsteuer, eine sehr scharfe Besitzsteuer, wie sie in dieser Ausdehnung und Schärfe in keinem anderen kriegsführenden Lande bisher angeregt oder ausgeführt ist. (Sehr wahr!) Im übrigen ist es sicher, daß wir während des Krieges und erst recht nach ihm nicht mit einer einzigen Steuerquelle alles Notwendige befriedigen können. Ich habe das Zutrauen zu den deutschen Arbeitern, deren Verhältnisse sich im Kriege zum Teil verbessert haben, ich habe das Vertrauen, das Abg. Hoch nicht zu haben scheint (Sehr gut! rechts),

daß die deutschen Arbeiter sich diesen Staatsnotwendigkeiten nicht entziehen

und wie sie im Schützengraben mit den Unteroffizieren und Leutnants zusammen gekämpft haben, mit uns auch kämpfen werden, um das Vaterland zu erhalten. (Weiß!) Die Versicherung kann ich geben: An die notwendigen Nahrungsmittel des Volkes werden wir während des Krieges nicht herangehen. So lugt sich mir selbst (Weiterkeit), um das Durchhalten nicht unmöglich zu machen. (Sehr gut!) Was haben wir denn getan? Wir haben die Ausgaben, die den Haushalt des armen Mannes belasten, die Zölle usw. aufgehoben, aber keine neuen Lasten eingeführt. (Zustimmung.)

Nun aber England? Hat denn England nur direkte Steuern eingeführt? In England ist doch gerade von Arbeiterführern der Regierung vorgehalten worden, daß sie den Prüßisch des armen Mannes in bisher ganz unerhörter Weise belastet hat. Sie hat den Tee, der in England die Stelle unseres Kaffees vertritt, schon im vorigen November getroffen, eine Viertelsteuer mit im Vergleich zu uns gerade zu phantastischen Sätzen eingeführt, jetzt den in England ohnehin teuren Zucker ganz außerordentlich hoch besteuert, auch den Tee nochmals, sie hat Steuer auf Kakao, Tabak, Kaffeeertrag, getrocknete Früchte und so weiter eingeführt, das sind doch Verbrauchssteuern! Und England, das — wie ich anerkenne, in sehr großem Umfang direkte Steuern hat, glaubt doch, damit nicht auskommen zu können, sondern es hat solche Lasten, von denen ich hoffe, daß wir sie nicht nötig haben werden, auf die Schultern der armen Leute gewälzt (Hört! hört!) Also, meine Herren, tragen Sie keine Beunruhigung hinaus und sorgen Sie dafür, daß diejenigen Kreise, auf die Sie Einfluss haben, sich Rechenschaft geben von unserer Situation und dem, was wir bringen. — das einzige, was bisher feststeht, ist eine direkte Steuer — ein unbefangenes und ruhiges Urteil entgegenbringen. (Lebhaftes anhaltender Weiß!)

Abg. Graf Westarp (L.):

Allgemeine Vorwürfe gegen die Landwirtschaft sind ganz unbedeutend. Die Landwirtschaft hat sich ungeheure Verdienste während des Krieges erworben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), Verdienste um das Vaterland durch ein hohes Maß von Organisation und Mut. Was übermäßige Verdienste sind festzustellen, ist überaus schwer. Jedenfalls muß das Geleg, das die Kommission verlangt, so gestaltet werden, daß nicht ein gewissenloses Denunziantentum gezüchtet wird.

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.):

Deute ist es zu meiner Freude sehr friedlich zugegangen. Hoffentlich zeigt sich dieselbe Einigkeit auch bei der Beratung des definitiven Gesetzes.

Abg. Dr. David (Soz.):

Ich habe keineswegs denen, die sich an der Kriegsanleihe beteiligt haben, einen moralischen Vorwurf gemacht. Ich habe nur den kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung gegen das Vaterland, den man für die Kriegsanleihe ausdrückt, auch in Anspruch genommen für die Hingabe von Gut und Blut ohne fünf Prozent.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Strefemann meinte, das Gesetz im März könne so gestaltet werden, daß es im Oktober schon Erträge liefert. Da es eine Novelle zum Vermögenssteuergesetz ist, das eine neue Veranlagung erst zum 31. Dezember 1916 vorliegt, und eine neue Veranlagung zu einem früheren Zeitpunkt haben Sie ja abgelehnt. Gegen den Wehrbeitrag wird angeführt, daß die Gemeinden durch ihre Steuerzuschläge schon Kriegsteuern erheben. Diese Zuschläge treffen aber auch die Allerärmsten. Auch sagte Herr Gothein, man könne doch nicht den Steuererheber in die Schlingengraben locken. Welche Uebertreibung! Nur 7 1/2 Prozent der Bevölkerung haben den Wehrbeitrag bezahlt, und von diesen sind sehr viele kriegsunbrauchbar und in den Gruppen. Von Millionen in den Schlingengraben ist also gar keine Rede, kaum von Hunderttausenden. Man sagt, der Wehrbeitrag war ein einmaliger und dürfte daher nicht wieder erhoben werden. Auch die neue Erhebung soll nur einmalig sein, es ist eben für den Wehrbeitrag ein Charakteristikum, einmalig zu sein. (Weiterkeit.) Gewiß greifen auch direkte Steuern lähmend in das Wirtschaftsleben ein, dem sie Mittel entziehen. Auf anderem Wege aber werden dem Wirtschaftslieben noch weit mehr Mittel entzogen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß wollen wir die Henne mit den goldenen Eiern nicht schlachten, aber Federn soll sie lassen, wir wollen sie rupfen. Wir wollen ja nicht alle Federn nehmen, schon aus ästhetischen Gründen nicht, aber sie kann reichlich Federn entbehren. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Hoch (Soz.):

Dem Staatssekretär bemerke ich, daß ich mich lediglich dagegen gewendet habe, daß er überhaupt nichts über neue Steuern gesagt hat. Gehen die bürgerlichen Parteien auseinander, ohne unsere oder eine ähnliche Resolution anzunehmen, so muß der Schatzsekretär daraus den Schluß ziehen, er habe das Recht, mit neuen indirekten Steuern zu kommen, die die große Masse des Volkes belasten. Der Schatzsekretär sagte, es sei nur von der Kriegsgewinnsteuer die Rede. Dabei weiß er ganz genau, daß diese für das Jahr 1916 nichts abwerfen kann.

Außerstärke zu bekennen, laßt er also von der Sache ab.

Notwendige Gebrauchsdinge erklärt er nicht besteuern zu wollen, er hat aber das Vertrauen zu den Arbeitern und dem Mittelstand, daß sie das für das Vaterland Notwendige auch aus Steuern decken werden. Diese Kreise stellen nicht nur ihr Hab und Gut, sondern alles was sie sind, in den Dienst des Vaterlandes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber wo nicht ist, hat auch der Kaiser das Recht verloren. Die untere Bevölkerung kann und darf daher nicht weiter mit Steuern belastet werden. Wir sollen nicht Unruhe in das Volk bringen, meinte der Staatssekretär. Wenn wir dieser Mahnung nachkommen sollen, so müssen Sie uns das Recht ermöglichen. Sie müssen uns das Recht geben, dem Volke zu sagen: Eure Befürchtung, daß ihr mit neuen indirekten Steuern belastet werdet, ist unbegründet. Aber gerade aus Ihrem Verhalten muß ich die Befürchtung entnehmen,

daß wir mit solchen Steuern zu rechnen haben,

und wie können Sie uns zumuten, wider unser befferes Wissen vor das Volk zu treten. Ich weise entschieden die Mahnung an uns, nicht Unruhe zu stiften, zurück. Wir denken nicht daran, Verhörigen Sie die Mahnung: geben Sie dem Volk Aufklärung darüber, mit welchen Steuern es zu rechnen hat, dann wird das Volk schon die richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Wenn Sie erklären, jawohl, die ganzen Kosten werden nur von den Besitzenden, von den großen Vermögenden und großen Einkommen aufgebracht werden, dann können wir allerdings hinausgehen unter die Arbeiter und ihnen sagen, ihre Befürchtungen sind unbegründet. Wenn Sie aber weiter schweigen, oder unsere Aufmerksamkeit von der Sache abzulenken suchen, sind wir verpflichtet, vor der Wahrheit die Ehre zu geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

#### Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Es bleibt also nach den Ausführungen des Abg. Hoch dabei, daß ich derjenige bin, der Verantwortung in das deutsche Volk bringt. (Weiterkeit rechts) weil ich gesagt habe, die einzige Steuer, von der heute bereits feststeht, daß sie kommen wird, ist eine Vermögenssteuer, die eine so hohe Belastung des Vermögens und Vermögenszuwachses bedeutet, wie sie, ich wiederhole das, in keinem anderen Lande bisher beschlossenen worden ist. (Sehr richtig!) Mit keinem Mittel Ihrer Ueberredungskunst, Herr Abg. Hoch, werden Sie mich dazu bringen, hier Mittelteilungen zu machen über Dinge, (Wahl-Aufe bei den Sozialdemokraten.) — Unruhe aber die die Verbündeten Regierungen noch nicht gesprochen haben. Dazu habe ich kein Recht. Wenn Sie aber hinausgehen unter das Volk, unterreichen Sie auch, was ich gesagt habe: Notwendige Lebensmittel des Volkes haben wir in diesem Kriege nicht belastet, sondern entlastet und wir werden auch notwendige Lebensmittel des Volkes weiterhin nicht belasten. Wenn Sie sich allerdings auf den Boden stellen, daß jede (Hört! hört!) indirekte Steuer und Verkehrssteuer eine Belastung der breiten Masse bedeutet,

auf dem Boden können wir überhaupt nicht diskutieren.

Es gibt sehr wohl Verkehrssteuern und indirekte Steuern, die nicht die breiten Massen in erster Linie treffen, sondern diejenigen, die etwas über die breiten Massen sich hinausheben. Aber ich kann auf eine solche Diskussion mich heute beim allerbesten Willen nicht einlassen, und das, was Sie heute wissen, muß Ihnen genügen. — Der Staatssekretär legt des weiteren dar, daß es doch sehr wohl möglich sei, einen Teil der Erzeugnisse der Kriegsgewinnsteuer in den Etat des Rechnungsjahres 1916/17 einzustellen und fährt zum Schluß fort: Es handelt sich also für mich einfach darum, daß wir in der Situation, in der wir heute stehen und kämpfen, nicht mit aufgeregten Worten operieren, sondern daß unserer Bevölkerung klargemacht wird, daß große Ansprüche in finanzieller Beziehung an sie beruhen und daß es unmöglich sein wird, so wenig wie in irgend einem anderen Lande, alles aus einer Steuerquelle zu befriedigen. Wir haben es nicht nur mit dem Reiche zu tun, sondern auch mit den Kommunen und Einzelstaaten, und müssen alle diese öffentlich rechtlichen Körperschaften, die zusammen mit dem Reich unter Staatsweisen ausmachen, am Leben erhalten, auch über den Krieg hinaus. Darum muß ich die Herren bitten, die Vorlage, die im März kommen wird, als ein Ganzes zu betrachten und in Zusammenhang zu setzen auch mit dem, was in den Einzelstaaten und Kommunen geschieht oder bereits geschieht ist. Nur als Ganzes werden Sie diese Dinge würdigen und geredet beurteilen können. Das ist zweifellos auch Ihr Wunsch und Ihr Interesse. (Weifall.)

Damit schließt die Generaldiskussion. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden nach kurzer Debatte über juristische Einzelheiten in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Die von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen.

#### Die Resolution Albrecht und Gen. (Soz.)

wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Es wird sofort, da niemand widerspricht, auf Antrag des Abg. Wassermann (natl.) die dritte Beratung begonnen und in dieser das Gesetz debattelos einstimmig angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Kriegsabgaben der Reichsbank.

Die Kommission beantragt, den Gewinn der Jahre 1915 und 1916, soweit er den durchschnittlichen Kriegsgewinn der letzten drei Jahre übersteigt, zu drei Vierteln (statt zur Hälfte, wie die Regierungsvorlage) an das Reich fallen zu lassen.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, statt drei Vierteln den vollen Betrag an das Reich fallen zu lassen.

#### Abg. Keil (Soz.):

Nach der Begründung der Vorlage soll eine angemessene Beteiligung der Reichsbank an den Kriegskosten erzielt werden. Es fragt sich, was als „angemessene“ Beteiligung anzusehen ist. Schon im Ausschuss wurde von einem Zentrumsabgeordneten angeregt, den vollen Gewinn über den Durchschnitt der letzten drei Friedensjahre hinaus für das Reich in Anspruch zu nehmen, die Kommission hat aber nur Dreiviertel beschloffen. Wir meinen, daß bei Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, unter denen die Reichsbank arbeitet, sehr wohl der volle Gewinn, der den Durchschnitt der drei letzten Friedensjahre übersteigt, dem Reiche zugeführt werden sollte. Bei 75 Prozent bleibt den Anteilseignern der Reichsbank ein viel höherer Gewinn als in den letzten drei Friedensjahren. Der durchschnittliche Gewinn betrug in diesen Jahren 7,08 Prozent. Uns scheint, daß das eine Kapitalrente ist, mit der man sich in Kriegsjahren sehr wohl bescheiden kann. Die Möglichkeit, daß in Zukunft die Rente der Reichsbank sinkt, ist höchst unwahrscheinlich. Und selbst wenn dieser Fall eintritt, würden die Anteilseigner der Reichsbank auch nur von demselben Schicksal betroffen, unter dem heute Tausende von Besitzern anderer Wertpapiere leiden. Es handelt sich hier um Gewinne, die den Kapitalisten völlig mühelos in den Schoß fallen. Denken wir bei der Entscheidung dieser Frage an die Millionen, die ihr bisheriges Vermögen im Kriege eingebüßt haben und Rot und Entbehrung leiden. Sie tragen einem durchaus populären Gedanken, der in das allgemeine Volksempfinden eingedrungen ist, Rechnung, wenn Sie unserem Antrag entsprechend beschließen. (Lebhafte Weifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Reichsbankpräsident Havenstein:

Ich kann dem Vorredner nicht darin folgen, daß dieser Gedanke dem allgemeinen Volksempfinden entspräche, denn ich meine, er widerspricht jeder Billigkeit. Es versteht sich ganz von selbst, daß auch die Reichsbank einen sehr starken Teil ihres durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Gewinnes dem Reiche dienstbar machen muß. Das geschieht aber bereits, wenn von 222 Millionen 199 Millionen dem Reiche zur Verfügung gestellt werden. Eine weitergehende Besteuerung würde ein Privilegium odiosum für die Anteilseigner und übrigens auch für den Reijerbesondres der Reichsbank bedeuten. Dazu kommt, daß die Dividenden schon erheblich hinter derjenigen zurückgeblieben ist, die die Anteilseigner in den vergangenen Friedensjahren erhalten haben. Man darf auch nicht vergessen, daß der ganze Bombardengewinn der Reichsbank an die Darlehnsklassen übergegangen ist und damit ganz dem Reiche zufällt.

#### Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Obwohl ich ein Gegner von Reichsbankgewinnen bin, kann ich doch nicht für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, denn die Anteilseigner der Reichsbank haben einen vertragmäßigen Anspruch.

#### Abg. Keil (Soz.):

Das warme Eintreten des Reichsbankpräsidenten für die Anteilseigner der Reichsbank ist verständlich. Wir haben aber die allgemeinen Volksinteressen zu vertreten. Der durchschnittliche Gewinn der Reichsbank im Frieden war 8 1/2 Million, für 1915 wird er auf 220 Millionen geschätzt. Daß der Kriegsgewinn der Reichsbank stärker besteuert wird als andere Kriegsgewinne, halten wir bei der besonderen Stellung der Reichsbank für selbstverständlich. Der Reichsbankpräsident erklärt es für ein Privilegium odiosum, daß die Reichsbankanteilseigner nur die Rente erhalten sollen, die sie während der letzten drei Friedensjahre erhalten haben. Diese Rente wird ihnen durch das Gesetz auch nach unserem Antrage fest garantiert, und viele Leute würden froh sein, wenn sie ein solches Privilegium odiosum hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

#### Reichsbankpräsident Havenstein

hält seine früheren Ausführungen aufrecht.

#### Abg. Dove (Sp.):

wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Wenn man den Gewinn der Anteilseigner der Reichsbank mühelos nennt, so gilt das für jeden Kapitalgewinn. Ich erkenne übrigens einen solchen Standpunkt nicht als berechtigt an.

#### Abg. Dr. David (Soz.):

Unser Antrag will den Anteilseignern der Reichsbank nicht eine Prämie vorenthalten, sondern ihnen nur nicht eine höhere Prämie gewähren, als sie in den letzten drei Friedensjahren hatten. Sie sollen also keine unnormalen Prämien erhalten, aber auch keine abnormale. Gerade die Anteilseigner der Reichsbank sind beim Kriegsbeginn gar kein Risiko eingegangen; das einzige Verdienst, das sie sich zuschreiben können, ist, daß sie die ganze Arbeit der Leitung und der Beamten der Reichsbank überlassen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß niemand das Recht hat, durch die Tatsache des Krieges mehr zu verdienen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Blund (Sp.):

Der zehnjährige Durchschnittsverdienst der Reichsbank betrug 7,58 Proz., der dreijährige, den die Sozialdemokraten den Anteilseignern gewähren wollen, nur 7,08 Proz. (Weiterkeit und ironisch: „Ihre Reden!“ bei den Sozialdemokraten.) Dazu liegt gar kein Grund vor.

Die Debatte schließt. Der Entwurf wird in der Fassung der Kommission in zweiter und debattelos sofort in dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr.

Auf die Tagesordnung werden auf Vorschlag des Präsidenten gestellt:

1. Kleine Anfrage des Abg. Bassermann.
  2. Zweite und dritte Lesung der Kriegskredite.
- Abg. Lieching (Sp.) beantragt im Einverständnis mit allen Parteien, daß die Beschlüsse der Budgetkommission auf Erhöhung der Unterhaltungen für Kriegsfamilien, denen die Regierung zugestimmt hat, noch auf die Tagesordnung genommen werden, damit sie schon am 1. Januar in Kraft treten können.
- Der Antrag wird einstimmig angenommen.
- Schluß 6 Uhr.

### Die Beschlüsse der Reichshaushaltskommission zur Lebensmittelfrage.

Die von der Haushaltskommission angenommenen Resolutionen zu der Frage der Verjorgung der Bevölkerung mit Rohstoffen und Lebensmitteln geben wir nachstehend wieder:

Der Zentraleinkaufsgesellschaft soll ein Einfuhrmonopol für Lebensmittel übertragen werden. Die eingeführten Lebensmittel sollen zum Zweck der Verteilung nur an Behörden abgegeben werden. — Förderung der Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland unter Vereinfachung des Einkaufs. — Organisation der Verjorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise. — Einführung von Höchstpreisen für den Erzeuger, für die Lieferungsverbände, für den Großhandel und für den Kleinhandel. — Festsetzung bei Einführung von Höchstpreisen, um den Kleinhandel vor unerschuldeten Verlusten zu bewahren. — Zusammenschluß der Kleinändler; diese Vereinigung soll die Möglichkeit haben, als Großhändler aufzutreten. — Festsetzung einheitlicher Preise für Butter, Mehl und Brot, für größere Bezirke. — Verhütung von Preissteigerungen durch umfassende Beschlagnahme und möglichst gleichmäßige Verteilung der Vorräte. — Vorjorgung zu treffen, daß Nahrungsmittel, die nur in beschränktem Maße vorhanden sind, für den Verbrauch der minderbemittelten Bevölkerung in entsprechendem Umfang bereitgestellt werden. — Verpflichtung der Städte und Industriegemeinden, einen Teil der Unterstützung an Kriegsfamilien, statt in Bargeld, in Form der Gewährung von Kohlen usw. zu geben, zu Preisen, die unter den Marktpreisen liegen. — Einführung von Jettkarten, sobald die Verjorgung mit den nötigen Fetten gesichert ist.

— **Künftige Bekanngabe der Preise für Lebensmittel in Zeiträumen,** die einen Monat nicht übersteigen. — Beim Reichsamt des Innern ist eine Zentralkasse für Lebensmittelverjorgung zu bilden; dieser Zentralkasse ist ein aus 15 Mitgliedern des Reichstags bestehender Beirat beizugeben. — Herabsetzung der Vermittlungsgebühren für das Reich und die zu diesem Zweck geschaffenen Organisationen. — Die Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers ist zu beschleunigen. — Möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlenbetriebe, soweit dies ohne Verletzung des Rechtes geschehen kann. — Verbot der Nacht- und Sonntagarbeit in den mit motorischer Kraft betriebenen Getreidemüllern.

Einige andere Resolutionen beziehen sich auf Behandlung und Transport der Kartoffelvorräte, Beschlagnahme der Vorräte, insbesondere zur Verjorgung der Industriestädte. — Ermäßigung der Preise für Kartoffelstrodenspreparate. — Einführung von Karten für Fett, Fleisch und Gemüse für alle Haushaltungen mit einem Einkommen unter 2000 Mk. — Einführung eines Sälzschleins beim Vieheinlauf. — Verbot der Vergabe von Butter zu anderen Speisen in den Gasthäusern. — Herabsetzung der Höchstpreise für Zucker. — Beseitigung der Einschränkungen beim Anbau von Futterrüben. — Detachierung der Preise für Futtermittel. — Unterstützung der Schweinezucht durch Zuweisung von billigen Futtermitteln. Diese Abgabe soll nur durch die Kommunalverbände erfolgen. — Auf die Futtermittelfrage bezieht sich eine ganze Reihe Resolutionen.

Die Verjorgung mit Bauholz behandelt eine Resolution, die zum Ausdruck bringt: 1. In Anbetracht, daß in verschiedenen Bezirken Deutschlands eine Brennholznot sich geltend macht, haben die zuständigen Behörden: a) durch Anordnung und nötigenfalls zwangsweise Durchführung sofortigen genügenden Brennholzeinschlags in den städtischen und erforderlichenfalls auch in den Privatwaldungen, b) durch Einführung angemessener Höchstpreise für Brennholz, die nicht höher als 20 Proz. über den letzten durchschnittlichen Friedenspreis sein dürfen, die wirkungsvolle Abstellung der Holzstände zu veranlassen. 2. Die Aufbarmachung privater Wälder für Zwecke der Landwirtschaft hat da, wo ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, falls es nicht freiwillig geschieht, zwangsweise zu erfolgen.

In einer anderen Resolution wird größerer Wälderschutz gefordert. — Bei der Verteilung des Petroleum soll insbesondere die Gemeinden berücksichtigt werden, in denen keine Möglichkeit besteht, sich elektrisches Licht zu beschaffen. — Schließlich wird die Verjorgung erjucht, die Herabsetzung der Richtpreise für Leder herbeizuführen.

## Eine Denkschrift

### über Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises.

Unter obigem Titel ist dem Reichstag durch die Reichsregierung eine Denkschrift zugegangen. Der Inhalt der Denkschrift ist nicht so, daß man das Ganze widerspruchlos hingehen lassen kann.

Unter der Rubrik „Zahl der Arbeitsnachweise und ihre Vermittlungsleistung“ bringt die Denkschrift Zahlen, die denjenigen, der sich nur aus dieser Denkschrift über die Lage der Arbeitsnachweise und ihren Wert für die Vermittlung informieren kann, zu falscher Auffassung bringen und irreführen muß.

Die Denkschrift verzeichnet unter anderem:

Nachweise der Gemeinden, Kreise usw. 333 im Jahre 1912 und 702 „ 1914

(Unter dieser Rubrik sind auch die durch öffentliche Mittel unterstützten Nachweise aufgeführt.)

Nachweise der Arbeitgeber . . . . . 112 „ 1912 und 205 „ 1914

Nachweise der Arbeitnehmer . . . . . 547 „ 1912 und 861 „ 1914

Vermittelt sind nach der Denkschrift:

durch Nachweise der Gemeinden usw. 1 298 977 Stellen 1912

durch Nachweise der Arbeitgeber . . . . . 1 208 613 „ 1912

durch Arbeitsnachweise . . . . . 359 809 „ 1912

Es ist gefährlich und führt zu Tragfollnissen, wollte man an der Hand dieser Zahlen die veränderte Bedeutung der Nachweisarten messen. Was zunächst die Zahl der Nachweise anlangt, so ist bekannt, daß eine große Anzahl, und zwar besonders in der Gruppe Nachweise der Gemeinden usw., ein recht bescheidenes Dasein führt. Die Zahl der Arbeitsnachweise will also nicht sagen.

Die Zahl der vermittelten Stellen geben aber auch nicht ohne weiteres ein Bild von der Bedeutung der betreffenden Arbeitsnachweise. Es muß nämlich erst noch nachgeprüft werden, was sind denn das für Stellen, die da besetzt sind?

Es werden Arbeitskräfte verlangt für ein dauerndes Arbeitsverhältnis, für Ausbildung und für sogenannte Gelegenheitsarbeit. Die ersteren Stellen sind natürlich die wertvollsten. Die Ausschilstellen sind für Tage oder Wochen, und es kommt des öfteren vor, daß aus den anfänglichen Ausschilstellen ein dauerndes Arbeitsverhältnis wird. Am wenigsten Wert haben die Stellen für Gelegenheitsarbeit; da handelt es sich meist um Arbeiten von einigen Stunden.

Die letztere Art von Stellen nun sind es, die fast ausschließlich von den gemeindlichen und den von den Gemeinden subventionierten Arbeitsnachweisen besetzt werden. Da kann es vorkommen und kommt sehr häufig vor, daß ein und derselbe Arbeitslose an einem Tage zwei- bis dreimal vermittelt wird. Es liegen dann zwei bis drei Vermittlungen vor; aber der Vermittelte ist am Abend doch arbeitslos. Auf diese Art von Vermittlungen ist ein großer Teil der durch die gemeindlichen und die durch Gemeindegeldmittel unterstützten Arbeitsnachweise besetzten Stellen zurückzuführen.

Demgegenüber haben die Arbeitnehmer- und Arbeitgebernachweise fast nur Stellen zu besetzen, die als dauerndes Arbeitsverhältnis zu betrachten sind, sehr selten Ausschilstellen und fast nie Stellen für Gelegenheitsarbeit.

Ueber die besonderen Eigenarten der Zahlen der Arbeitgebernachweise ist schon so häufig geschrieben worden, daß es sich wohl erübrigt, an dieser Stelle darüber noch etwas zu sagen. Nach diesen Erläuterungen erst kann man die Zahlen der Denkschrift bewerten.

Eine etwas stark tendenziös gefärbte Notiz im „Berliner Tageblatt“ vom 12. Dezember über die Zahlen der Denkschrift verfehlt wohlweislich die Bedeutung der Zahlen. Der Schreiber der Notiz hat die tatsächliche Bedeutung der sogenannten öffentlichen Nachweise weit über Gebühr hervorgehoben. An sich könnte man ja der interessierten Stelle, von der die Notiz stammt, dieses Vergehen lassen; aber es wird der Sache selbst ja geschadet, wenn maßgebende Stellen durch derlei Notizen zu solchen Schlüssen kommen und dadurch zu falscher Stellungnahme in der Arbeitsnachweisefrage veranlaßt werden. Durch die vorhergehenden Ausführungen soll die Bedeutung der diesbezüglichen Zahlen der Denkschrift auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt werden.

Des weiteren erwähnt die Denkschrift die gleich nach Beginn des Krieges errichtete Reichszentrale für Arbeitsnachweise und den von dieser Zentrale herausgegebenen Arbeitsmarkt-Anzeiger. Was die Reichszentrale anlangt, so braucht dazu hier nicht gesagt zu werden. Die Tätigkeit ist, mit Ausnahme einiger bemerkenswerter Maßnahmen zu Beginn des Krieges, zunächst noch sehr wenig bemerkbar. Vielleicht aber ist diese Stelle der Anfang eines Reichsarbeitsamts.

Um den verschiedenen Arbeitsnachweisarten ein Mittel an die Hand zu geben, zum Ausgleich des von ihnen selbst nicht zu erledigenden Restes von Arbeitsuchenden und offenen Stellen mehr

als bisher miteinander in Fühlung zu treten und dadurch die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise, der Arbeitsnachweisverbände und der Reichszentrale der Arbeitsnachweise zu erleichtern, wurde ein Arbeitsmarkt-Anzeiger geschaffen. Er wird zweimal wöchentlich von dem Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegeben und gibt einen Überblick über Angebot und Nachfrage für das ganze Reichsgebiet. Soweit so gut; aber praktisch wird mit dieser Bekanntgabe doch nicht viel anfangen sein. Denn für den lokalen Austausch ist dieser Arbeitsmarkt-Anzeiger nicht nötig und nicht brauchbar, und für den interlokalen Verkehr nützt der Arbeitsmarkt-Anzeiger nichts, weil beim interlokalen Austausch von Arbeitslosen sich meistens so viel Schwierigkeiten ergeben, daß nur in sehr seltenen Fällen der Hinweis des Anzeigers Wert hat. Hingzu tritt, daß, wenn der Anzeiger herauskommt, die Stelle häufig schon besetzt oder der gemeldete Arbeitslose schon in Arbeit ist.

Worin der besondere Wert des Arbeitsmarkt-Anzeigers für die praktische Nachweistätigkeit besteht, ist nicht recht ersichtlich. Lediglich um über den Stand des Arbeitsmarktes im allgemeinen einen Überblick zu haben, kann sich der Anzeiger nützlich erweisen. Aus dem Grunde ist auch eine möglichst lückenlose Meldung zu begrüßen, wobei allerdings mehr als bisher darauf hingewirkt werden müßte, daß keine Doppelmeldungen der Zahl der Arbeitslosen und der freien Stellen möglich sind.

Sodann berichtet die Denkschrift von der Errichtung von Zentralauskunftsstellen. Es sind das Einrichtungen, die in Verfolg einer Konferenz, die am 30. April d. J. im Reichstag unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Dehnbach stattfand, getroffen wurden. Die Denkschrift bringt eine Uebersicht, inwiefern der Aufforderung, die von dieser Konferenz erging, von den Reichs- und Staatsbehörden seitens der einzelnen preussischen Bezirke und der sonstigen Bundesstaaten nachgekommen ist.

Es ist kein erfreuliches Bild, das sich da zeigt. Aus der Uebersicht geht mehr hervor, wie mangelhaft und unvollkommen bis jetzt auf diesem Gebiet gearbeitet ist.

Westenburg schreibt: „In den Gebieten des Arbeitsnachweisverbandes für die Großherzogtümer Westenburg-Schwerin und Westenburg-Strelitz sind die Verhältnisse so übersichtlich, daß besondere Zentralauskunftsstellen nicht für erforderlich gehalten werden.“

Das ist ja nun Westenburg, wo man sonst auch manches gemerkt ist. Aber auch das industriereiche Königreich Sachsen hat nach der Mitteilung in der Denkschrift die Frage der Errichtung von Zentralauskunftsstellen durchaus nicht befriedigend gelöst. Da heißt es, „es befindet sich eine Landeszentrale für Arbeitsnachweis in Angliederung der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise in Vorbereitung“.

Ähnlich und zum Teil noch weniger befriedigend lauten die Berichte aus den übrigen Bezirken Deutschlands.

Aus all den Berichten geht hervor, daß man die Bedeutung und den Sinn der Zentralauskunftsstellen durchaus nicht richtig erfaßt hat. Die Zentralauskunftsstellen sollen nicht den Ausbau des einen oder anderen Arbeitsnachweises selbst darstellen. Das ist eine Sache für sich. Die Zentralauskunftsstellen sollen vielmehr eine Einrichtung aller bestehenden Nachweise sein und haben den Zweck, den Verkehr aller Arbeitsnachweise des Bezirkes oder des Bundesstaats untereinander zu regeln.

In der Zentralauskunftsstelle sollen alle nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise, also die öffentlichen Nachweise, die aus öffentlichen Mitteln subventionierten Nachweise, die Arbeitgebernachweise, die Arbeitnehmernachweise und auch die Innungsnachweise zusammengefaßt werden zwecks Austausch der durch den einzelnen Nachweis nicht zu besetzenden Stellen und der Zuweisung von nicht untergebrachten Beschäftigungslosen. Diese Organisation ist in der Hauptsache gedacht als die Vorbereitung der möglichst schnellen Unterbringung der beschäftigungslosen Kriegsteilnehmer, wenn diese nach beendigtom Kriege von ihren Truppenteilen entlassen werden.

Wenn das ganze Werk gelingen soll, dann ist dazu die Mitarbeit aller Nachweise notwendig. Die Nachweise sollen aber auch gern mitarbeiten, und soll man deshalb auch nicht behördlicherseits anordnen, dort ist von uns die Zentrale festgesetzt, nun habt

ihre zu machen usw. Man sollte vielmehr Vertreter der Nachweise in den einzelnen Bezirken zusammenberufen und diese Zusammenkunft über die Art der Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle beschließen lassen, wobei es selbstverständlich ist, daß allen angeschlossenen Arbeitsnachweisen eine Anteilnahme an der Verwaltung des Ganzen zugesichert wird.

Nur wenn in dieser Weise Zentralauskunftsstellen errichtet werden, kann das Ganze gelingen und der gewollte Zweck erreicht werden.

Nach vieler Mühe ist es ja gelungen, in diesem Sinne für die Stadt Berlin und die Provinz Brandenburg eine Zentralauskunftsstelle zu errichten, deren Träger ein Beirat, bestehend aus Vertretern aller Arten von Nachweisen, ist. Der Beirat hat einen Vorstand, bestehend aus einem Vertreter der Behörden, einem Vertreter der Arbeitsnachweise, die dem Verband deutscher Arbeitsnachweise angehören, einem Vertreter der Arbeitgebernachweise und einem Vertreter der Arbeitnehmernachweise.

Diese Zusammensetzung gibt die Gewähr, daß von allen Seiten mit dem genügenden guten Willen am Gelingen des Ganzen mitgearbeitet wird.

Diese Zusammensetzung gibt die Gewähr, daß von allen Seiten mit dem genügenden guten Willen am Gelingen des Ganzen mitgearbeitet wird.

In der Denkschrift ist der Bericht über die Zentralauskunftsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg nur unvollständig und irreführend wiedergegeben.

Es heißt auch in der Denkschrift auf Seite 30/31, daß man bis jetzt mit dem Ergebnis der monatlichen Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt hyn. an die Zentralauskunftsstelle nicht recht zufrieden ist, und daß man beabsichtigt, die erforderlichen Bestimmungen auf Grund des § 15 des Stellenvermittlungsgesetzes zu erlassen, um die Arbeitsnachweise, die bis jetzt eine freiwillige Berichterstattung unterlassen haben, zu dieser durch behördliche Anweisung zu zwingen. Die Verhandlungen hierüber sind nunmehr abgeschlossen, sagt die Denkschrift. Mit wem ist denn da verhandelt? Wahrscheinlich ist die Behörde wieder nur von einer Seite informiert. Warum werden bei diesen die Interessen der Arbeiter so eng berührenden Angelegenheiten die Vertreter der Arbeiter nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen? Warum immer nur die einseitige Information? Es wäre äußerst wünschenswert, wenn die Behörde, bevor sie irgendwelche gesetzliche Maßnahmen über den Arbeitsnachweis trifft, davon Gebrauch macht, was auf Seite 32 der Denkschrift empfohlen wird. Da heißt es nämlich:

„Eine Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Organisation und Verwaltung des öffentlichen Nachweiswesens wird mehr, als bisher geschehen ist, durchzuführen sein.“

Dieser Satz ist sehr richtig, und wenn man seitens der Reichsbehörde dies erkannt hat, sollte man bei Beratung von Projekten, wie sie auf Seite 31 der Denkschrift verhandelt werden, Vertreter der Gewerkschaftsnachweise bei der Vorbereitung nicht übergehen.

Alles in allem kann man wohl sagen: Es ist versucht worden, auf dem Gebiete der Regelung des Arbeitsnachweises etwas zu tun. Bevor man jedoch von einer wirklichen Regelung sprechen kann, muß weit durchgreifender gearbeitet werden, als dies bislang geschehen ist. Es wird nicht zum wenigsten Sache der organisierten Arbeiter sein, die Entwicklung des Ganzen vorwärts zu treiben.

## Aus der Partei.

### Eine Feststellung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Unter der impliziten Firma „Internationale Sozialisten Deutschlands“ (für den laufenden Gebrauch von den anonymen Firmenträgern abgekurzt in J. S. D.) hat sich hier eine politische Betriebsgesellschaft aufgetan. Sägig unklar ist, ob sie eine eigene über sämtliche Weltteile verbreitete Partei sein will, oder nur ein erweiterter Diskussionsklub. Es würde für uns nicht notwendig sein, uns damit zu befassen, wenn nicht einige Zeitungen irrtümlicherweise diese Gründung der deutschen

Parteiopposition aufzählten, in deren Namen die beiden Unterzeichneten das Zimmerwalder Manifest unterschrieben haben. Wir stellen demgegenüber fest, daß die deutsche Gesamtvertretung auf der Zimmerwalder Konferenz mit den sogenannten „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ ebensowenig etwas zu tun hat, wie irgend ein Mitglied der Rinderbeit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die völlige Bedeutungslosigkeit der Gruppe J. S. D. in der Sozialdemokratie Deutschlands und besonders für das Berliner Parteileben würde sofort jedem klar werden, wenn die Gründer dieses Unternehmens ihre Namen offenbarten. Es genügt aber zu der Kennzeichnung, daß sie in ihrem Organ, „Lichtstrahlen“, ankündigen, sie hätten ihre Vertretung in Bern dem polnischen Genossen Madel übertragen, der die deutsche Parteiopposition beständig mit häßlichen Angriffen beehrt.

Berlin, 20. Dezember 1915.

Adolf Hoffmann, Georg Ledebour.

### Ist der holde Lench erschienen . . .

In der neuesten Nummer der Varusischen „Glocke“ behandelt der Abg. Lench das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In welchem Sinne, das geht schon aus der Ueberschrift hervor. Sie lautet: „Die Selbstbestimmungsfrage.“ Zu dem Thema selbst wird gelegentlich noch einiges zu sagen sein, wir würden aber fürchten, unsere Leser um einen Genuß zu bringen, wenn wir ihnen nicht gleich einige der Lenchschen Kräfte als Kostprobe vorlegten. Wir zitieren:

„Solange die Kanonen noch die Herolde des Völkerrechts sind, so lange ist die Frage, wem Glück- und Unglück zugehört, keineswegs bloß eine Sache der Gläubiger und Leihgeber, sondern des gesamten deutschen Volkes . . .“

Darin steckt bei aller Anfechtbarkeit des Standpunktes immerhin noch eine gewisse Sachlichkeit. Aber der Teufel hole die Sachlichkeit und deshalb nach einigen Zitaten aus Marx und Engels:

„So steht das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bei Marx und Engels aus! Ich empfehle beide den sozialistischen Alphabeten der Vorwärtsredaktion zu geneigter Entrüftung.“

Man muß eben schon sehr schnell umlernen, und nicht von dem zum Imperialismus des „Größeren Deutschland“ und der Deutschen Gesellschaft von 1914“ belehrten Herrn Lench als Alphabeten bezeichnet zu werden. Ah, und Alphabet ist fast noch ein Reimwort in dem Vokabular dieses Zeitgenossen. Er bedarf eben des Gassenorts, um seinen Abhandlungen ein wenig Pöbel zu geben. Daher sagt er von Kautsky:

„Die direkte Gesetzgebung durch das Volk“ wurde von Kautsky zu einer Zeit, als er noch nicht an der hoffnungslosen geistigen Arterienverkalkung wie heute litt, in ihrer inneren Unmöglichkeit offengelegt. Heute dagegen ist Kautsky der Sakramentskäufer vor allem jener beiden Ideologien von der allgemeinen Abrüstung und vom Selbstbestimmungsrecht der Völker geworden, die er uns so gern als echten Sozialismus aufschwänzen will, und die doch nichts anderes sind als geistige Rückstände der kleinbürgerlichen Demokratie von Anno Tobak.“

Recht so, denn Burgfriede heißt, daß man sich mit den Exzellenz- und Syndikatsherren im Pringsheimischen Palais im Ton der guten Gesellschaft über die schwebenden Tagesfragen unterhält, daß man aber die Parteigenossen anrumpelt. Herrn Lench Vorkhaltungen darüber zu machen, wäre zwecklos, denn: „Ein Dursch wie ich, was macht sich der daraus, der daraus!“

### 25 Jahre „Brandenburger Zeitung“.

In einer gut ausgestatteten 88 Seiten starken Festnummer mit Beiträgen von Gründern, Mitarbeitern und Freunden des Blattes beging dieser Tage unser Parteiblatt in Brandenburg sein 25jähriges Bestehen. Den Entwicklungsgang aus kleinen Anfängen bis zu den jetzigen stattlichen Verhältnissen in eigenen Heim veranschaulichen neben mannigfachen historischen Rückblicken einige Abbildungen aus früherer Zeit. Wir wünschen unserem Brandenburger Bruderblatt auch ferner glückliches Gedeihen im Kampf für den Sozialismus und den Aufstieg der Arbeiterklasse.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Ein wenig kälter, vielach heiter, aber veränderlich und besonders im Osten noch wiederholte, im allgemeinen geringe Niederschläge.

**Wegen Auflösung**  
der Gesellschaft  
**Verkauf Pelzwaren**  
von  
**zu bedeutend ermäßigten Preisen**  
Vorteilhafteste Kaufgelegenheit  
**Bernstein & Schoenberger & m. h. H.**  
Pelzwarenfabrik  
Krausenstraße 41, eine Treppe, am Dönhofsplatz.  
Verkauf: Wochentags 9-12 u. 3-8, Sonntag 12-8 Uhr.

**Pelzwaren jeder Art**  
**Weihnachts-Verkauf**  
Echt Ners-Kragen . . . bisher M. 100.— bis M. 300.—  
jetzt M. 50.— bis M. 150.—  
Echt Alaska-Fuchs . . . bisher M. 85.— bis M. 160.—  
jetzt M. 35.— bis M. 90.—  
Echt Ners-Murmeltier . . . bisher M. 45.— bis M. 60.—  
jetzt ohne Ausnahme M. 15.—  
**Pelzwarenfabrik**  
**Leipziger Str. 58, 1 Tr. Spittelmarkt**  
Täglich bis 9 Uhr geöffnet.

  
**Weihnachts-**  
Karten, Programme, Plakate  
in gebiegener Ausführung liefert die  
**Vorwärts Buchdruckerei**  
Berlin SW. 68 \* Lindenstraße 3

**Schlußverkauf!**  
meines noch vorhandenen Warenlagers in  
**Herrn- und Burschen-Winter-Wäster!**  
aus meinem Enarot-Beschäft  
werden noch Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag im Einzelverkauf abzugeben zu enorm billigen Preisen. Hierunter befinden sich einzelne Wa h n e, teils auf Seide, im Werte bis 100.—  
Verkauf findet statt von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.  
Letzter Verkaufstag bis Heiligabend 3 Uhr.  
**G. Lachotzki, Königstr. 46, 3 Tr., im Hause von Belmonts, Goldwarengeschäft.**

**Pelzwaren**  
Fabrik und Lager von  
Stolas, Krawatten, Pelzhüten, Muffen, Pelzjacken, Pelz-, Kinder-Garnituren, Pelzwest., Offizierspelzen  
Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen.  
**Sonntags geöffnet.**  
Ferd. Kaiman, Kürschnormstr. 15, 1, gegenüber Beuthstraße.  
Tel.: Ztr. 3917. Gegr. 1894.

**Kleine**  
**Weihnachtsbäume,**  
soeben eingetroffen, zu ermäßigten Preisen, für Biedersteiner und im einzelnen. **Papestraße, Nähe Bezirkskommando, F. Stamer.**

**St. Jakobs-Balsam**  
Hausmittel 1. Ranges von Apotheker C. Trautmann, Basel Eingetr. Schutzmarke. — Bew. Heilsalbe f. Wunden u. auch Verletzungen jeder Art, off. Beine, **Krampfader**, Brand-schaden, Ausschl., Hämorrhoid, **Flechten**. In den Apotheken a M. 1.60 Gen.-Depot: St. Jakobs-Apothek, Basel. Depots Berlin: König Salomoap., Charlottenstraße, Falkenap., Reichenbergerstraße, Viktoriaap., Friedrichstraße, Reichsadler-Apothek, Gr. Frankfurter Str. 134. (9428S.)

**Asthma**  
mit Quinmantheren u. Bacter. Bacterium. Reicht mehrere Jahre. **Echte Asthma-tropfen**, vermischt durch ihre Wirkung. **Schmerzmittel** FL 2.50 M. **Otto Reibel, Berlin 48, Wilmersburgerstraße 4.**

**Sonderangebot für unsere Abonnenten**  
Nur bis Weihnachten und solange der Vorrat reicht, liefern wir Klara Müller-Jahnke Gedichte statt 4,50 Mf. gebunden zum Preise von **Mf. 3<sup>50</sup>**  
Mit reichem Buchschmuck von Oskar Jahnke  
Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, oder durch die Ausgabestellen des „Vorwärts“  
Berantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudöln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Aus Groß-Berlin.

Die neuen Butterhöchstpreise.

Die heute in Kraft tretende Verordnung des Berliner Magistrats über die neuen Einheitshöchstpreise für inländische und ausländische Butter ist nunmehr erschienen. Sie gliedert sich in Bestimmungen für den Großhandel und solche für den Kleinhandel.

Für den Großhandel legt sie einen neuen weiteren Zuschlag von 18 M. für je 50 Kilogramm fest, der in gleicher Weise für inländische wie ausländische Butter gilt; der Zuschlag kann später wieder ermäßigt werden. Weiter wird bestimmt, daß der Verlauf inländischer Butter, soweit er sie in dem Bezirk Groß-Berlin erzeugt, in diesem Bezirk eingeführt oder von außerhalb bezogen hat, für je 50 Kilogramm dieser Butter einen Betrag in Höhe des nach § 1 festgesetzten weiteren Zuschlags nach näherer Bestimmung des Magistrats Berlin an die ihm bezeichnende Stelle abzuführen hat.

Der gewerbmäßig Butter abgibt, hat dem Magistrat Berlin nach dessen näherer Anordnung am Montag jeder Woche über Bestand, Erzeugung, Einfuhr, Bezug und Abgabe der Butter Anzeige zu erstatten.

Unter „Groß-Berlin“ versteht die Verordnung folgende Gemeinden: Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz, Pantow, Lichterfelde, Weissenhof, Friedenau, Reinickendorf, Treptow, Tempelhof, Britz, Lantow, Mariendorf, Schmargendorf, Grunewald, Dahlem (Gut), Heerstraße (Gut), Marienfelde, Johannisthal, Niederschöneweide, Zegel, Wittenau, Niederschönhausen, Hohenerschönhausen, Friedrichsfelde, Oberschöneweide, Strauß, Gutsbezirk Niederschönhausen, Gutsbezirk Nilotensee, Heinersdorf, Gutsbezirk Grunewald-Forst, Zehlendorf, Nikolaussee, Wannsee, Zegel-Forst-Nord mit Schulzendorf, Zegel-Schloß, Zegel-Forst-Jungfernhöhe, Hermsdorf, Rosenthal, Buchholz, Buchheide, Köpenick.

Die Strafanordnung setzt für Verstöße gegen diese Bestimmungen Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark fest.

Höchstpreise für den Kleinhandel.

d. h. für den Verkauf unter 10 Pfund sind folgende:

Table with 2 columns: Butter weight and price. 1 lb Butter I: 2.68 M. 1 lb Butter II: 2.68 M. 1 lb Butter III: 2.43 M. 1 lb falling butter: 2.08 M.

Bruchteile von Pfennigen werden nach oben abgerundet, d. h. z. B. ein Viertelpfund Butter der Klasse II kostet 65 Pf.

Für den Kleinhandel sind die Strafandrohungen noch strengere. Gefängnis bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 10 000 M. In gewissen Fällen kann neben diesen Strafen auch angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten der Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Zur Frage der Teilbarkeit der Kriegsunterstützung

wird uns geschrieben:

Der in Nr. 349 des „Vorwärts“ wiedergegebene Hinweis der „Berl. Volkszeitung“ auf eine bayerische Ministerialverordnung, die sich für die Teilbarkeit der Familienunterstützungen ausspricht, kann auf keinen Fall richtig sein. Leider sagt die „Volkszeitung“ nicht, welche Verordnung sie im Auge hat, aber aus der Denkschrift des bayerischen Ministeriums über die Aufgaben der inneren Staatsverwaltung im Kriege (Druckf. der Kammer der Abgeordneten III. Sess. 1915 Beilage 1166) geht deutlich hervor, daß die Ansicht der „Volkszeitung“ irrig ist. Es heißt dort auf Seite 163 wörtlich: „In mehreren Fällen ist von Versicherungsverbänden die Unterstützung nicht allen, sondern nur einem Teile der Angehörigen bewilligt worden. Die bayerische Staatsregierung trat diesem Verfahren grundsätzlich entgegen. Sie ist im Einvernehmen mit der Reichsleitung der Anschauung, daß die Angehörigen jedenfalls dann, wenn sie einem gemeinschaftlichen Haushalte angehören, für die Bewilligung der Unterstützung als eine unteilbare Einheit zu betrachten seien und daß eine Teilung der Unterstützung nur dann eintreten könne, wenn einzelne Personen aus der Familiengemeinschaft tatsächlich ausgeschieden sind oder ihren Unterhalt sonst auf Grund besonderer Fürsorge in ausreichendem Maße beziehen. Für diese Auffassung war neben dem Wortlaut und dem Zweck des Gesetzes vor allem die Erwägung maßgebend, daß die im Gesetze vorgesehenen Mindestsätze keineswegs unterschritten werden dürfen.“

Die „Volkszeitung“ wird sich hiernach zur Unterstützung ihrer nicht nur loyal verhalten, sondern auch geleglich unbilligen Anschauung wohl nach einem anderen Kronzeugen umsehen müssen.

Familientragödie in der Carmen-Sylva-Straße.

Der Schauspiel eines Familiendramas war in den gestrigen Morgenstunden das Haus Carmen-Sylva-Straße 114. Nach einem vorausgegangenen Streit hat die dort wohnhafte Frau Vergander ihren Mann durch einen Revolveranschlag schwer verletzt und sich dann aus dem vierten Stockwerk auf den Hof hinabgestürzt. Die Frau war sofort tot.

Wir erfahren über die Tat, die in der ganzen Umgebung große Aufregung verursacht hat, folgende Einzelheiten: Seit etwa einem Jahre wohnte im vierten Stockwerk des Hauses Carmen-Sylva-Straße der 34jährige Kleiner Vergander mit seiner etwa 10 Jahre jüngeren Ehefrau. V. war schon längere Zeit im Bristol-Hotel unter den Linden angestellt und hatte ein gutes Einkommen. Zwischen den jungen Eheleuten kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen und Zwistigkeiten, angeblich, weil der Kleiner auf seine junge Frau sehr eifersüchtig war und sie mit Verdächtigungen quälte, daß sie während seiner täglichen langen Abwesenheit es mit anderen Männern halte. Inwieweit diese Vorwürfe berechtigt waren, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Als am gestrigen Montagmorgen gegen 4 Uhr Vergander nach Hause kam, kam es alsbald zwischen den Eheleuten zu einem heftigen Wortwechsel. Im Verlauf desselben holte plötzlich Frau V. einen Revolver hervor und feuerte die Waffe auf ihren Mann, von dem sie sich bedroht glaubte, ab. Die Kugel drang dem V. in den Kopf und der getroffene brach auf der Stelle betäubt zusammen. Als Frau V. sah, was sie angerichtet hatte, öffnete sie ein Fenster des Schlafzimmers und stürzte sich kopflüder aus der Höhe des vierten Stockwerkes auf den gepflasterten Hof hinab. Sie erlitt eine schwere Verletzung des Rückgrates und innere Verletzungen und starb nach wenigen Minuten. Durch den Selbstmord der Frau und den vorhergegangenen Streit in der Wachen Wohnung aufmerksam gemacht, begab sich Hausbesorger in die Wohnung und fand dort den Kleiner in einer großen Blutlache fast leblos liegend vor. Das telephonisch benachrichtigte Polizeirevier entsandte sofort einen Arzt, der dem Schwerverletzten einen Notverband anlegte und ihn nach

dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus schaffen ließ. Das Befinden des Kleiner ist sehr ernst. Die Leiche der Frau wurde polizeilich beschlagnahmt und die Wohnung polizeilich geschlossen. Rinder hatte das Paar nicht.

Tödlicher Unfall.

Auf dem Bahnsteig des Stadtbahnhofs Stralau-Kummelsburg verfuhr am Sonntag der vierzehnjährige Arbeitsbursche Willi Proh aus Treptow auf einen bereits ausfahrenden Stadtbahnzug aufzuspringen, glitt dabei aus und stürzte vom Trittbrett auf die Gleise, wobei er überfahren wurde. Man brachte ihn nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus, wo er bald nach seiner Aufnahme starb.

Von einem Auto überfahren und tödlich verletzt wurde am Sonnabendnachmittag in der Koloniestraße der siebenjährige Schüler Oskar Resner, dessen Eltern in der Provinzstr. 117 wohnen. Der Kleine, dessen Vater urzeit im Felde steht, hatte in einem Laden in der Koloniestraße für seine Mutter einen Einkauf gemacht und überquerte den Straßenrand, ohne zu beachten, daß ein Auto dicht vor ihm herannahte. Die Räder gingen über den Knaben hinweg und fügten dem Kinde fürchterliche Verletzungen am ganzen Körper zu. Der Kleine verstarb bald nach der Einlieferung in ein hiesiges Krankenhaus.

Ein Straßenunfall ereignete sich am Sonntagmorgen am Kaiser-Friedrich-Platz, Ecke der Camphauenstraße. Dort lief ein Herr Theodor Stephan beim Ueberfahren des Fahrdammes gegen einen herankommenden Triebwagen der Linie 33, wurde dabei umgestoßen und erlitt eine Behirnerschütterung. Stephan wurde nach dem städtischen Krankenhaus am Urban gebracht.

Eine Handtasche verloren mit 25 M. Inhalt, hat eine Genossin bei der Märchenfestung, die der Bildungsausich des Wahlvereins in Reinickendorf-Di am Sonntag in den Schubertsalen veranstaltete. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Tasche beim Obmann, dem Genossen Selke, Holländer Str. 124, abzugeben.

Gefunden. Bei der Vorstellung der „Freien Volksbühne“ im Künstler-Theater am Sonntag nachmittag ist eine Banknotentasche mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen in der Buchdrucker „Vorwärts“ beim Faktor.

Aus den Gemeinden.

Abzug der Krankenhauskosten von der Kriegsunterstützung.

Eine unglaubliche Verfügung ist vom Kreisrat des Kreises Niederbarnim den einzelnen Gemeinden übermittelt worden. Danach müssen vorausgelagte Krankenhauskosten von Familienmitgliedern der Kriegsteilnehmer von der Unterstützung, die der Versicherungsverband Niederbarnim zahlt, nach und nach in Abzug gebracht werden. Der Armenverband übernimmt für die am Krieg beteiligten Personen keine Kosten und so hält sich der Kreis an der den Kriegertreuen gezahlten Kriegsunterstützung schadlos. Das Kind einer Kriegsfrau in Weissenhof mußte wegen schweren Diphtherieleidens im Krankenhaus Aufnahme finden und verblieb dort vierzehn Tage, was 42 M. Unkosten verursachte. Bei Abhebung ihrer Unterstützung wurden der Frau 6 M. abgezogen mit der Bemerkung, daß nach und nach der ganze Betrag auf diese Weise von ihr erhoben wird.

In dieser Maßnahme liegt eine solche Härte, daß sich die vorgesetzten Behörden der Sache annehmen sollten, denn der Versicherungsverband ist nach den vom Minister des Innern gegebenen Verfügungen verpflichtet, über die Mindestsätze hinaus, die Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer zu übernehmen. In Uebereinstimmung mit den ministeriellen Ausführungsbestimmungen sagt das Gesetz selbst in seinen Motiven, daß alles zu tun ist, um den Unterhalt der Familie zu gewähren. Dazu gehört zweifellos auch die Krankenfürsorge. Lehnt der Versicherungsverband die Krankenfürsorge ab, oder bringt er die dafür aufgewendeten Kosten von der Unterstützung in Abzug, so handelt er entgegen dem Sinne des Gesetzes.

Sitzung der Preisprüfungsstelle Charlottenburg.

Die Preisprüfungsstelle stimmte in ihrer letzten Sitzung dem Entwurf einer Verordnung über den Ausschlag und die Aufstellung von Preisverzeichnissen zu. Nach diesem Entwurf sind die Verkäufer von Obst, Gemüse, Kartoffeln, Vollmilch, Butter, Käse, Eiern, Margarine, Kunstpfeifert, Fleisch, Fleischwaren, Fischen, Räucherwaren, Hülsenfrüchten, Reis, Grieß, Graupen, Kolonialwaren, Konserven und Dörfgemüse verpflichtet, in dem Verkaufsraum ein gut lesbares und von außen deutlich lesbares Verzeichnis dieser Waren anzubringen, aus dem der tatsächliche Verkaufspreis ersichtlich ist. Die gleiche Angabe wie im Verzeichnis ist auch an den einzelnen Waren anzubringen. Die angeführten Preise dürfen nicht überschritten und die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zum angeführten Preis darf nicht verweigert werden. Der Preisprüfungsstelle wurde weiter Bericht erstattet über den Stand der Butterfrage. Der Stadt Charlottenburg werden wie den anderen Groß-Berliner Gemeinden in nächster Zeit erheblich größere Mengen Butter zuzuführen, so daß darauf zu rechnen ist, daß die zurzeit herrschende Butterknappheit bald merklich zurückgehen wird. Es kam aber auch in der Besprechung zum Ausdruck, daß die Bevölkerung zum Teil an der Verschlimmerung des Zustandes nicht ohne Schuld ist. Es ist leider beobachtet worden, daß vielfach von Haushaltungen Aufkäufe in Butter gemacht worden sind. Ein solches Verfahren verdient die schärfste Verurteilung. Es ist leider auch beobachtet worden, daß die bevorstehende Aufnahme der Kaffee-, Kakao- und Teevorräte zu Aufkäufen in diesen Waren Veranlassung gegeben hat. Diese Aufkäufe tragen nur dazu bei, die Preise höher zu treiben und einen augenblicklichen Mangel an Vorräten in einzelnen Geschäften herbeizuführen. Die Aufkäufer vergessen auch, daß diese Waren bei längerem nicht sachgemäßen Lagern an Güte und Ergiebigkeit einbüßen, und daß sie sich somit selbst durch ihre Aufkäufe schädigen. Endlich gelangte eine Reihe Beschwerden über nicht gerechtfertigte Preise zur Erledigung. Dem betreffenden Verkäufer wird eine Verwarnung zuteil werden. Die Vorgänge im Wildhandel gaben der Preisprüfungsstelle zu dem Beschluß Veranlassung, sie aufmerksam zu verfolgen. Es sind Klagen aus der Bevölkerung laut geworden, daß nach der Festsetzung von Höchstpreisen von 4,20 M. für den Hasen im Fell nur noch gepickte Hasen in den Wildgeschäften angeboten werden, für die der Höchstpreis 8 M. beträgt. Die Preisprüfungsstelle hält ein solches Verfahren für nicht vereinbar mit den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und wird dagegen mit aller Entschiedenheit vorgehen.

Soziales.

Der „seine Ton“ im Café Riedlich.

Arbeitsverweigerung und Beleidigung des Arbeitgebers durch den Arbeitnehmer sind zwei Gründe, deren jeder schon für sich allein ausreicht, um die kündigungsgelose Entlassung des Arbeitnehmers zu rechtfertigen. Doch es gibt auch Ausnahmen

von dieser Regel. Ein am Montag von der Kammer 6 des Gewerbegerichts gefälltes Urteil erklärte die kündigungsgelose Entlassung einer Arbeiterin für unberechtigt, obgleich sie ihren Arbeitgeber beleidigt und die Arbeit verweigert hatte. Der Fall liegt so:

Die Klägerin war beim Beklagten Epstein, der in der Großen Franzfurter Straße ein „Café Riedlich“ betreibt, als Dienstmädchen und Servierfräulein beschäftigt. Das heißt, sie hatte abwechselnd in der Küche zu arbeiten und im Café zu bedienen. An einem Sonntag, wo die Klägerin als Servierfräulein tätig war, befahl ihr der Beklagte, in die Küche zu gehen. Dessen weigerte sich die Klägerin, weil sie sich die zu erwartende Trinkgeldereinnahme, die Sonntags reichlicher fließt als an Wochentagen, nicht entgehen lassen wollte. Es kam zu einem Wortstreit zwischen der Klägerin und dem Beklagten. Das Ende dieses Streites war die sofortige Entlassung der Klägerin. Auf Verlangen des Beklagten mußte sie sofort das Lokal verlassen und bekam nicht einmal soviel Zeit, um von einigen Gästen, die sie bedient hatte, die Reste zu kassieren. Die Klägerin forderte die ihr hierdurch entgangene Einnahme sowie eine entsprechende Entschädigung für kündigungsgelose Entlassung. Der Beklagte begründete die Entlassung damit, daß die Klägerin die Arbeit verweigert und ihn bei dem erwähnten Streit beleidigt habe durch die Worte: „Sie Verfluchtes.“ Dagegen bewies die Klägerin, daß sie durch den Beklagten bei anderen Gelegenheiten beleidigt und an ihrer weiblichen Ehre gekränkt worden ist.

Auf Grund dieser Beweisaufnahme kam das Gericht zu dem vom Magistratsrat Schulz verkündeten Urteil: Der Beklagte hat der Klägerin 40 M. Schadenersatz für kündigungsgelose Entlassung und 1,50 M. rückständigen Lohn zu zahlen. Es ist festgestellt, daß die Klägerin dem Schein nach als Dienstmädchen, in Wahrheit aber als Servierfräulein engagiert war, denn der Beklagte hat ihr Trinkgeldereinnahmen in Aussicht gestellt. Also durfte er die Klägerin nicht verhindern, Trinkgelder einzunehmen. Das tat er aber, als er sie an einem Sonntag aus dem Lokal in die Küche verwies. In diesem Falle durfte die Klägerin den Gehorsam verweigern, denn der Beklagte verstieß gegen den mit ihr abgeschlossenen Arbeitsvertrag. Was die Beleidigung betrifft, so steht fest, daß die Klägerin dem Beklagten zugerufen hat: „Sie Verfluchtes.“ Das ist an sich eine Beleidigung des Arbeitgebers. Um sie zu würgen, muß aber das ganze Milieu in Betracht gezogen werden. Es scheint, daß in dem Lokal des Beklagten ein leichter freier Ton gebräuchlich war. Der Beklagte hat Redensarten gebraucht, die in stiller Beziehung recht bedenklich sind. Ein Arbeitgeber, der einen derart unanständigen Ton anschlägt, darf sich nicht wundern, wenn auch die Arbeitnehmerin einmal über die Stränge schlägt. Unter diesen Umständen kann die Bezeichnung „Sie Verfluchtes“ nicht als grobliche Beleidigung angesehen werden. Die kündigungsgelose Entlassung war deshalb nicht berechtigt.

Zustellung an den Lehrling.

Einen ebenso seltenen wie interessanten Rechtsfall hatte die erste Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu entscheiden.

Kläger waren die Stadt Berlin und der Steuerfiskus, die beide bei der Gesellschaft für elektrische Maschinen, der Beklagten, Gehaltsanteile eines Angestellten D., der Steuer schuldet, pfänden lassen wollten. Der gerichtliche Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss ging der Firma seinerzeit durch die Post zu, und zwar übergab der Postbote laut Ausweis der Zustellungsurkunde den Gerichtsbrief dem im Kontor gerade anwesend gemienen Lehrling. Die Firma behauptet nun, gar nicht in den Besitz der Zustellung gekommen zu sein, sie will erst durch die Klage von dem Pfändungsbeschluss erfahren haben. Wahrscheinlich hatte der Lehrling den Brief verbummelt oder ihn unter erledigte Schriftstücke gelegt, so daß sein Inhalt gar nicht zur Kenntnis anderer Angestellten oder der Geschäftsleiter kam. Während Stadt Berlin und Fiskus auf Ablieferung des dem Pfändungsbeschluss entsprechenden Betrages klagen, beantragt die beklagte Gesellschaft Abweisung der Klage. Sie stützt sich dabei auf § 188 der Zivilprozessordnung, nach welchem ein Lehrling nicht zu den Handelsangestellten gehört, an die eine gerichtliche Zustellung erfolgen darf. Erfolge eine Zustellung an einen solchen doch, dann sei jedenfalls im Falle der nicht ordnungsmäßigen Weitergabe an den Geschäftsinhaber oder an dessen Bevollmächtigten der Inhaber nicht verantwortlich zu machen.

Das Kaufmannsgericht kam diesen Argumenten entsprechend zur Abweisung der Klage. Der § 184 käme hier auch in Frage, jedenfalls sei die Zustellung an den Lehrling nicht statthaft.

Jugendbewegung.

Jungvolk 1916.

Der Jungvolk-Almanach für 1916 bietet in ansprechender Aufmachung der arbeitenden Jugend wieder mancherlei Belehrung und Anregung. In Prosa, Poesie und Bildwerk bemüht er sich, dem Verständnis und dem Gefühl unserer jungen Freunde nahezukommen und die Seiten anzuschlagen, die bei ihnen mitlingen, und das ist ihm in der Hauptsache gelungen.

Natürlich nimmt auch in diesem Jahrbuch der Krieg und was mit ihm zusammenhängt, einen großen Raum ein, und mehrere unter dem Eindruck der Weltverhältnisse stehende Beiträge, wie besonders die von Ernst Dürmig und E. Hörnlé, verdienen volles Lob. Dürmig erzählt von „Turkos, Spahis und anderem farbigen Kriegsvolk“, und er versteht es vortrefflich, die bunte Schilderung, bei der reiche persönliche Erfahrung den Fingern fließt, mit lehrreichen Bemerkungen über das französische Meerwesen zu verbinden. Hörnlés Darstellung von „Englands Aufstieg zur Weltmacht“ zeichnet sich durch die Innppe und übersichtliche Zusammenfassung der Tatsachen aus und sticht mit ihrer wohlthuenden Objektivität vorteilhaft von gewissen, in neuerer Zeit erschienenen Abhandlungen sozialdemokratischer Autoren über dasselbe Thema ab.

Nicht so uneingeschränktes Lob läßt sich leider dem aus der Feder von Heinrich Schulz stammenden Bericht über den Verlauf des Weltkrieges spenden. Nach unserer Meinung hätte der Verfasser darauf verzichten sollen, bei der Behandlung seines Gegenstandes Dinge hineinzuziehen, über die nun einmal in der deutschen Arbeiterbewegung allerlei Meinungen herrschen. Wir haben da besonders den Schlusspaß seiner Einleitung im Auge.

„Wohl wünschen“, so heißt es da, „die Völker sehnsüchtig den Frieden. Gerade in Deutschland ist dies immer wieder erneut ausgesprochen worden, besonders von den Vertretern der Sozialdemokratie bei den verschiedenen Tagungen des Deutschen Reichstages. Aber unsere Friedensstimmungen hat leider noch niemals ein Echo auf der Gegenseite gefunden. Die behauerliche Folge ist, daß vorläufig die Waffen weiterhin allein zu entscheiden haben, und daß auch die deutschen Arbeiter bis auf weiteres ihre Hoffnung auf einen baldigen Frieden nur auf den Erfolg der deutschen Heere stützen können. Je eher es diesen gelingt, durch Erringung militärischer Vorteile die Gegner Deutschlands davon zu überzeugen, daß es unmöglich ist, Deutschland niederzurufen; je stärker die Waffenerfolge sie über ihre Gegner erzielen, um so eher werden die Gegner zum Frieden geneigt sein.“

Hier steht allerlei, über das sich streiten läßt und gestritten wird, und es wird auch manchen fortgeschrittenen Jugendlichen geben, der wünschen möchte, daß sich in seinem Almanach statt dieser Betrachtungen einige Worte über Krieg und Frieden fänden, die etwas mehr an die Töne anklingen, wie wir sie vor dem August 1914 zu hören gewohnt waren.

Aber das meiste in unserem Büchlein bleibt deshalb doch erfreulich, nicht zuletzt auch die poetischen Beiträge von Brügger,

**Barthel, Effen und anderen, und der dankenswerte Versuch von Fritz Eisner, einen Ueberblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu geben. Nur möchten wir für die Zukunft noch den Wunsch äußern, die weibliche Jugend etwas mehr zu berücksichtigen. Der Kalender für 1916 enthält nur einen einzigen Beitrag von einer Frau, und der ganze Inhalt scheint uns ein wenig zu sehr auf die Jungen zugeschnitten zu sein. Zum Jungvolk gehören auch die Mädchen!**  
rb.

## Aus aller Welt.

**Ein Mord an dem Kinde ihrer Dienstherrschaft** ist von der 19-jährigen Gertrud Buschow in Neu-Ruppin begangen worden. Das aus Berlin i. R. stammende Dienstmädchen war seit mehreren Monaten bei dem Buchhändler Ktzing in Stellung und es war ihr die Pflege des dreijährigen Knaben ihrer Herrschaft anvertraut worden. Das Mädchen, das, wie sich später herausstellte, geistig nicht ganz normal gewesen zu sein scheint, hatte sich Anfang voriger Woche bei einem Händler mehrere Paare Schuhe auf betrügerische Weise zu verschaffen gewußt und dieses Vergehen war entdeckt worden. Vorige Woche entfernte sich die Buschow mit dem Knaben aus der Wohnung und begab sich nach dem Neu-Ruppiner See. Hier ließ sie das Mädchen den Knaben ins Wasser und sprang dann selbst nach. Im letzten Augenblick muß ihr die Tat aber wieder leid geworden sein, denn sie hielt sich mit dem Kinde über Wasser und rief laut um Hilfe. Mehrere Prinzen eilten hinzu und es gelang ihnen, die beiden wieder ans Land zu bringen. Wiederbelebungsversuche hatten jedoch nur bei dem Mädchen Erfolg, das Kind war ertrunken. Die bedauernswerten Eltern verlieren bereits ihr zweites Kind; vor zwei Jahren ertrank ein damals gleichaltriges Söhnchen gleichfalls im Neu-Ruppiner See.

**Töblicher Bauunfall.** In Leipzig stürzte am Sonnabendnachmittag plötzlich das Gerüst eines Schornsteinneubaus ein und riß zwei darauf sitzende Arbeiter aus 30 Meter Höhe mit in die Tiefe. Infolge der schweren Verletzungen trat der Tod auf der Stelle ein.

**Kapensteuer in Guben.** Die Kapensteuer soll jetzt auch in Guben eingeführt werden, da die Singvögel dort schon fast völlig verschwunden sind. Bei einer Steuer von jährlich 10 M. wird sich das Steuererträgnis auf etwa 10 000 M. belaufen. In Preußen ist die Kapensteuer bisher nur in den beiden schlesischen Städten Görlitz und Seidenbach, im Königreich Sachsen in fünf Städten, eingeführt worden.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 409 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

**Infanterie usw.:** Garde-Garde-Jäger-Bataillon. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 9, 10, 11, 16, 31, 34, 39, 59 (i. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 98), 41, 43, 44, 47, 49, 52, 53, 54, 55, 59, 62, 63, 64, 66, 67, 69, 70, 72, 74, 75, 76, 78, 80, 84, 85, 88, 89, 91 bis einschl. 94, 96, 112, 113, 117, 118, 128, 129, 130, 132, 136, 140 bis einschl. 145, 147 bis einschl. 160, 168, 172, 173, 176, 193, 354, 361, 364, 375 (i. Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 5). Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 11, 12, 48, 49, 52, 53, 59, 61, 64, 67, 69, 72, 74, 75, 77 bis einschl. 81, 86, 87, 91, 92, 98, 111, 118, 205, 206, 207, 226, 227, 228, 230, 251, 253, 254, 258, 262, 267 bis einschl. 270. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 9 bis einschließl. 12, 18 (i. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 84), 21, 46, 49, 56, 57, 75, 80, 84, 93, 99, 118. Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 80 (i. Inf.-Regt. Nr. 364). Jäger-Bataillone Nr. 4, 5, 7, 11; Reserve-Bataillone Nr. 1, 8, 6, 17. 1. Radfahrer-Kompagnie der Landwehr-Division Königsberg (i. Radfahrer-Komp. Nr. 157) und Nr. 157. Ersatz-Maschinengewehr-Abteilung des 16. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Jug Nr. 94 (i. Inf.-Regt. Nr. 16); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 3 (Pofen) und Nr. 5 (Thorn).

**Kavallerie:** 1. Garde-Dragoonier (i. auch Husaren Nr. 8); Kürassiere Nr. 1; Schwere Reiterei Nr. 3; Dragoner Nr. 2, 5, 23; Husaren Nr. 2, 8, 13, 14.

**Feldartillerie:** 1. Garde-Regiment, Regiment Nr. 1, 4, 16, 23, 37, 38, 205; Reserve-Regiment Nr. 3, 5, 7, 45.

**Fußartillerie:** 1. und 2. Garde-Regiment; 1. Garde-Reserve-Regiment, Regiment Nr. 3, 4, 5, 7, 9, 10, 13, 14, 15; Reserve-Regimenter Nr. 3, 8, 20. Bataillon Nr. 21; Landwehr-Bataillone Nr. 15 und 27.

**Pioniere:** Regiment Nr. 18, 19, 23, 35; Bataillone: II. Nr. 1, I. Nr. 9, II. Nr. 14, II. Nr. 15; Reserve-Bataillon Nr. 32. Pionier-Kompagnie Nr. 208; Reserve-Kompagnien Nr. 48 und 52; 1. Landwehr-Kompagnie des 9. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 216 und 246; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 136.

Die bayerische Verlustliste Nr. 248 bringt Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 18, 14, 16, 17, 19, 20, 21, 22; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 20, 21, 22; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 10, 12; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 1, 3, 6, 7; Landsturminf.-Bataillone: Ost, Landhut, Ludwigshafen, Passau I, Schweinfurt; 1. Manen-Regt.; 2. und 7. Chevaulegers-Regt.; Reserve-

Kavallerie-Abt. Nr. 8; Feldart.-Regimenter Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 21; Gebirgs-Kanonnen-Batterie Nr. 12; Ref.-Feldart.-Regt. Nr. 1, 6; Landwehr-Feldart.-Regt. Nr. 6; Ersatz-Feldart.-Regt.; 1. Fußart.-Regt.; Fußart.-Bat. Nr. 10; Fußart.-Bat. Nr. 284; Ref.-Fußart.-Regt. Nr. 2; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 6; Pionier-Regt.; 1., 2., 3. Pionier-Bataillon; Pionier-Komp. Nr. 106; Mineur-Komp. Nr. 1; Minenwerfer-Komp. 208; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 4 und 9; Divisions-Brückenbau 2; Ref.-Pionier-Bataillone Nr. 2, 3, 4; 1. und 2. Landwehr-Pionier-Komp., 3. Armeekorps; 2. Landsturmpionier-Komp., 1. Armeekorps; Pionier-Abteilung 3; Pionier-Erf.-Abteilung; Leichte Kanonkulation 3; Ref.-Pionier-Abt. 6; Inf.-Pionierskolonne (Staffel 13); Etappen-Kraftwagen-Park 6; Etappen-Kraftwagen-Kolonne 11; Artillerie-Kraftwagen-Park Nr. 1; Weitere Verluste; Verhüttungen.

Der Schluss der sächsischen Verlustliste Nr. 238, deren Inhalt am Sonntag mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 323 meldet Verluste des Ref.-Inf.-Regts. Nr. 120; Inf.-Regt. Nr. 121; Füsilier-Regt. Nr. 122; Grenadier-Regt. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 150; Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 126; Ref.-Inf.-Regt. Nr. 247; 2. Ref.-Pionier-Komp.; 5. Feld-Pionier-Komp.; Fußparkkolonne Nr. 7; Verluste durch Krankheiten; Verhüttungen früherer Verlustlisten.

## Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Wohndorf.** Dienstag, den 21. d. M., 5 Uhr, im Lokal von Schulze. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Briefkasten der Redaktion.

**S. S. Militär 59/60.** Können wir nicht annehmen, weil das in dem einzelnen Kommandobezirk nicht vertrieben ist. Erwähnen Sie sich beim Vorgesetzten der Stellungskücherei. — 1001. Steglitz, Schlüsselschloß 5. — **S. S. 1.** Nein. Sie könnten nur, wenn Verlobung hat, geltend machen, für das nicht eingetragene Eheverhältnis Schadenersatz beanspruchen. 2. Ja. 3. Alimentation kann dem Sohn gebührend werden. Für Berlin beträgt das Unterhaltungsgehalt 25—30 M. monatlich. — **S. S. 666.** 1. Landkurren ohne Wasse. Arbeitslohn, 2. Nein. Darüber entscheidet die Militärbehörde. — **S. S. 25.** Der Wirtschaftrag wird deswegen nicht gebrochen. Die Birnen können nur wegen Verlobung verlagert werden. — **G. S. 100.** 1. Die Frau soll sich mit einer Bescheinigung an den Regierungspräsidenten wenden. 2. Die Gemeinde kann nicht verpflichtet werden, für diese Spezialbehandlung Hilfsmittel zu gewähren. 3. Das Gesetz ist auch jetzt während der Kriegszeit gültig. Die Auskunft der Behörde kann unmöglich richtig sein.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.  
Köpenicker Viertel, Bezirk 193 II.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer **Franz Apitz**,  
Haldenstraße 20,  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung fand am 20. Dezember in Ehrenfelde Natf. 216/17  
Der Vorstand.

**Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter **Wilhelm Wagner** (Bahnhofsstr. 1), verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
43/13 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drahtarbeiter **Richard Voß**  
am 17. Dezember an Lungenleiden gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 2/3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshofes in Neukölln, Marxendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Lichtenberger Schwimmklub**  
„Neptun 1894“  
Mitglied d. Arb.-Wasser-Sp.-V.  
Der Sommer hat uns in diesem Jahr folgende Mitglieder entzogen:  
**Paul Schwarz**  
**Richard Meiß**  
**Karl Knobloch**  
**Georg Wedell**  
**Georg Friebe.**  
Sie alle waren uns stets treue, tüchtige Mitglieder und wird ihr Andenken von uns stets in Ehren gehalten werden.  
287/17 Der Vorstand.

**Verband der Bureauangestellten Deutschl.**  
Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Auf dem Schlachtfelde fielen folgende Mitglieder:  
**Krankenassistenten** Max Schmidt.  
**Krankenassistenten** Max Geisler.  
**Rechtsanwaltsangestellte** Willi Pinkpank.  
**Rechtsanwaltsangestellte** Karl Hecker.  
**Rechtsanwaltsangestellte** Hermann Masche.  
**Rechtsanwaltsangestellte** Georg Schläfke.  
**Industriearbeiter** Hermann Hübner.  
**Industriearbeiter** Franz Koch.  
**Industriearbeiter** Willi Blume.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
46/18 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Verhölzer **Johann Schüller**  
Battf. 4/5  
im Alter von 49 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachmittags 2/3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshofes in Neukölln, Marxendorfer Weg, aus statt.  
91/13 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Müllfahrer **Gustav Kaese**  
von der Wirtschaftsgenossenschaft am 15. d. M. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
69/13 Die Bezirksverwaltung.

Am Donnerstag starb nach langem Leiden meine liebe Frau und unsere Großmutter Frau **Emma Gottschalk**  
geb. **Hönow**  
im Alter von 60 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
H. Gottschalk,  
Ettimer Straße 54.  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 2/3 Uhr, von der Kapelle des neuen St. Pauls-Kirchhofes, Bismarckstr., aus statt.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Anna Reckmann**  
geb. **Lau**  
am 18. Dezember verstorben ist.  
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.  
Der trauernde Gatte.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Neukölln.  
Am 17. Dezember verstarb unser Parteigenosse **Richard Voß**  
Richardstr. 104, 9. Bezirk.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 2/3 Uhr, auf dem Reichshof-Gemeindefriedhof, Marxendorfer Weg, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
240/18 Der Vorstand.

**Kranken- und Begräbniskasse**  
der Sellenlieder u. Berufsgenoss. zu Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, den Verstorben für das Vaterland starb das Mitglied **Michael Kleyberowski.**  
Ferner starb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Vorstandsmittglied **Gottlieb Geisler.**  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung des Mitgliedes Geisler findet am Mittwoch, den 23. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
287/18


**Einfamilienhaus-Siedlung**  
am Bahnhof Mariensfeld im Grütchen.  
Wer hat Interesse dafür? Offerten unter „C. 267“ an Gerstmanns Ann.-Bür., Berlin W. 9. 234/18

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen **Hermann Klaab**  
vom städtischen Gastwerk Götlicher Straße.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 2/3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht  
36/17 Die Ortsverwaltung.

**Westmann's Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a  
(Kolonnaden)  
II. Or. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Auswahlsendungen sofort.  
Amt Zentrum 7992  
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

**Pelzwaren**  
Großes Lager fertiger Pelzwaren. Spezialität: echt Skunks u. Fuchs etc. Pelzhüte, letzte Neuheiten, 6 M. an.  
Neukölln, Mainzer Str. 1, I. Etage.

Heute 12—8 geöffnet.  
**Echte Pelz**  
**Garnituren**  
für Weihnachtsgeschenke  
**Großer Muff,**  
**Schal oder Tierform**  
beide Teile aus 60, 75, 85 M.  
Fuchs, Marder, Seal, Feh.  
**Spezialität: Skunks.**  
**Pelz-Hüte**  
Federleichte  
zu bekannt billigen Preisen.  
**Wiener Pelzhaus**  
Leipziger Str. 41.  
(neben Konfektionshaus Maaßen.)  
Prämiert 1914 u. 1915 in Skunks.\*  
**J. Baer**  
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster-Joppen i. jed. Preislag.  
Gr. Stofflager z. eieg. Maßanfertigung.  
Billigste, feste Preise.  
Allen Neuen Kunden empfehle zum bevorstehenden Feste mein reichhaltiges Lager in  
**Uhren, Gold- u. Silberwaren.**  
**Gustav Schoder,**  
Berlin S., Oranienstraße 56.  
**Entfettungste**  
„Graziana“, reines Pflanzenprodukt, dessen unschädlich natürl. Wirkung wissenschaftlich anerkannt ist. Kein Abführmittel. Große Gewichtsabnahme auch ohne Einhalten einer bestimmten Diät. 25 jährige glänzende Erfolge. 2.50 M., 3 Pakete 7 M. **Otto Reichel,** Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**Was schenke ich zu Weihnachten?**  
  
**Von Unten Auf**  
Ein neues Buch der Freiheit  
Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich. Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerten.  
Preis: 2 Bände 6 M., in 1 Band 5 M.  
**Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3, Laden**

**Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?**  
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie **Bruchbandagen** aller Art.  
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege  
**Pollmann, Bandagist**  
Berlin N., Lohringer Str. 60.  
Lieferant für Krankenkassen.  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockensaß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berührung. Teilzahlung.  
Sprechstunden - 10—2 und 4—8

**Central-Haus Jägerstr. 13!**  
Conc. Lelhaus  
Von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster.** 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M., Prima. Ferner **Gelegenheitskäufe** in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesensposten Kostüme, Ulster und Püschmützen, auf Seide, enorm billig. Große Posten **Pelzstolen** in Skunks, Marder, Nerz usw., außerordentlich billig. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extraausgab in Lombard gewesener **Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.